

Birkholz, Klaus; Hollenbach, Jörn; Schust, Ina

**Book Part**

## Räumliche Strukturanalyse Nordostdeutschlands, Teil 2: Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Raumtypen

**Provided in Cooperation with:**

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

*Suggested Citation:* Birkholz, Klaus; Hollenbach, Jörn; Schust, Ina (2009) : Räumliche Strukturanalyse Nordostdeutschlands, Teil 2: Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Raumtypen, In: Eich-Born, Marion (Ed.): Räumlich differenzierte Entwicklungs- und Förderstrategien für Nordostdeutschland für Nordostdeutschland, ISBN 978-3-88838-345-8, Verlag der ARL - Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, pp. 179-220

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/59758>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Klaus Birkholz, Jörn Hollenbach, Ina Schust  
Kartografie: Thomas Chlod

# Räumliche Strukturanalyse Nordostdeutschlands

## Teil 2: Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Raumtypen

### Gliederung

- 1 Wirtschaft
  - 1.1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung
  - 1.2 Tourismus
  - 1.3 Kaufkraft
- 2 Erwerbstätigkeit
  - 2.1 Beschäftigung
  - 2.2 Pendlerwanderung
  - 2.3 Arbeitslosigkeit
- 3 Versuch einer Strukturraumtypisierung
- 4 Fazit

Literatur

## 1 Wirtschaft

Nachdem neben Methodik und Einführung in den Raum vor allem Entwicklungen und Folgen des demografischen Wandels im Mittelpunkt der Räumlichen Strukturanalyse Teil 1 standen, werden im vorliegenden Teil 2 Aus- und Wechselwirkungen von Wirtschaft und Erwerbstätigkeit auf die Raumstrukturen untersucht. Die komplexe Analyse der Raumstrukturen bildet die Grundlage für den dann folgenden Versuch einer Strukturraumtypisierung Nordostdeutschlands.

Der bereits im Jahre 2005 zu beobachtende Aufwärtstrend der deutschen Wirtschaft hält auch weiterhin an. So stieg 2006 das Bruttoinlandsprodukt mit real 2,5% deutlich stärker an als prognostiziert. Der Aufschwung basierte besonders auf Zuwächsen im produzierenden Gewerbe. Grundlage dafür war nicht nur der steigende Export (der Saldo aus Exporten und Importen ist dabei wie in den Vorjahren weiterhin positiv), sondern auch die gestiegene Binnennachfrage. Die Investitionen nahmen deutschlandweit um etwa fünf Prozent, die Konsumausgaben um fast ein Prozent zu (vgl. BMWi 2007).

Der Konjunkturaufschwung sorgt nach Einschätzung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) auch in Nordostdeutschland für mehr Beschäftigung und sinkende Arbeitslosigkeit. Dies jedoch nicht homogen über die drei Länder verteilt, sondern regional durchaus differenziert, wie die letzten DIHK-Umfragen zu Wirtschaftslage und Erwartungen in den IHK-Bereichen ergaben. Während der Konjunkturklimaindex in den IHK-Bereichen Berlin-Brandenburgs und in Rostock jeweils einen neuen Höchststand erreicht, urteilt vor allem die IHK Neubrandenburg aufgrund der hier be-

sonders gravierenden Auswirkungen des demografischen Wandels und der weit über Landesdurchschnitt liegenden Arbeitslosigkeit sehr viel verhaltener (vgl. DIHK 2007). Dabei kommt der enge Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialindikatoren zum Ausdruck. Insofern können aus Kennziffern des Wirtschaftswachstums auch Rückschlüsse auf Erwerbstätigkeit, Arbeitsmarkt bis hin zu Wohlstandsentwicklungen gezogen werden. Dies wird jedoch bei der angestrebten Differenzierung auf Ämterbasis durch den unterschiedlichen Raumbezug erschwert. Während die Indikatoren zur Erwerbstätigkeit, zur Arbeitslosigkeit und zur Bevölkerungsentwicklung bis auf wenige Ausnahmen auf Gemeindebasis vorliegen, existieren Wirtschaftsindikatoren in der Regel ab Kreisbezug aufwärts. Neben diesen – wie BIP oder BWS bzw. Kaufkraft je Einwohner – werden, um räumliche Potenziale bzw. Stärken herauszuarbeiten, auch Absolutwerte herangezogen. Die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus wird für die verschiedenen Teilräume Nordostdeutschlands mithilfe der Indikatoren Bettenkapazität und Übernachtungen je Einwohner dargestellt.

### 1.1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung

Trotz geringfügiger Unzulänglichkeiten hinsichtlich der Erfassung der gesamten Wertschöpfung (z. B. fehlende Berücksichtigung der „Schattenwirtschaft“) sowie der Bewertung der Lebenssituation der Bevölkerung (z. B. Vermögensverteilung oder sozialer Frieden) werden durch das BIP Aussagen zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Region sowie zum Wohlstand und zur Lebensqualität seiner Bevölkerung möglich. Das BIP je Einwohner wird allgemein als Indikator des materiellen Wohlstandes bzw. als Wirtschaftskraft pro Kopf eines Kreises, einer Region, eines Landes oder Staates angesehen. Dabei gilt es zu beachten, dass die Vergleichbarkeit eingeschränkt sein kann, wenn es sich um Kreise (im suburbanen Raum) mit hohen Auspendlerquoten handelt, die einerseits durch Stadt-Umland-Wanderungen (Wohnsuburbanisierung) an Bevölkerung gewinnen, bei denen andererseits jedoch ein Großteil der Einwohner (Pendler) nicht am Wohnort zur BIP-Entwicklung beiträgt.

Dabei ist das BIP der geldwerte Ausdruck der in einem abgegrenzten (Wirtschafts-) Gebiet in der Regel innerhalb eines Jahres produzierten Güter (Waren und Dienstleistungen). Er stellt somit die erbrachte wirtschaftliche Gesamtleistung innerhalb dieses Raumes dar, die in jeweiligen Preisen oder preisbereinigt (zur Darstellung des Wirtschaftswachstums) vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder (VGR) ermittelt wird (vgl. StaBu 2007). Die kleinsten Raumeinheiten, für die BIP- und BWS-Indikatoren berechnet werden, sind die Landkreise und kreisfreien Städte. Für diese liegt als aktuellster Datenstand das Jahr 2004 vor, während für Bund und Länder die Daten von 2006 bereits als vorläufige Ergebnisse Anfang 2007 veröffentlicht wurden.

Das BIP in Deutschland betrug im Jahre 2006 rund 2.307 Mrd. € (2004: 2.207 Mrd. €). Nordostdeutschland hatte daran mit rund 163 Mrd. € einen Anteil von 7%. Damit erbringen die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin zusammen etwas mehr als ein Drittel des nordrhein-westfälischen BIP bzw. die Hälfte von Baden-Württemberg. Während das BIP (jeweilige Preise) in Deutschland seit 1991 um 50% anwuchs, stieg es in Nordostdeutschland um zwei Drittel an. Aufgrund des unterschiedlichen Ausgangsniveaus unterscheidet sich die BIP-Entwicklung Berlins mit einer Zunahme von rund 27% signifikant von der Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs, deren BIP sich in dieser Zeit jeweils weit mehr als verdoppelte.

Tab. 1: Eckwerte zum Bruttoinlandsprodukt

	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Berlin	Nordostdeutschland	Deutschland
<b>BIP (Mio. €)</b>					
<b>1991</b>	14.250	19.625	63.369	97.244	1.534.600
<b>2000</b>	30.061	44.985	78.382	153.428	2.062.500
<b>2004</b>	31.815	48.326	78.301	158.442	2.207.200
<b>2005</b>	31.670	48.068	78.862	158.600	2.241.000
<b>2006</b>	32.509	49.490	80.621	162.620	2.307.200
<b>BIP-Entwicklung (%)</b>					
<b>1991–2006</b>	126,7	152,2	26,7	66,7	50,0
<b>2000–2006</b>	7,4	10,0	2,4	5,7	11,6
<b>2005–2006</b>	2,6	3,0	2,2	2,5	3,0
<b>BIP je EW (€)</b>					
<b>1991</b>	7.470	7.660	18.427	12.339	19.186
<b>2000</b>	16.859	17.298	23.181	19.777	25.095
<b>2004</b>	18.437	18.810	23.114	20.641	26.754
<b>2005</b>	18.490	18.758	23.251	20.702	27.175
<b>2006</b>	19.000	19.400	23.600	21.200	28.000
<b>Veränderung BIP je EW</b>					
<b>1991–2006 (%)</b>	154,4	153,3	28,1	71,8	45,9

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder Berechnungsstand: August 2006/Februar 2007; Stabu 2007

Die Länder und einzelnen Kreise sind an der Erwirtschaftung des BIP Nordostdeutschlands ganz unterschiedlich beteiligt. Hatte Berlin 1991 noch einen Anteil von zwei Dritteln, ging dieser im Jahre 2004 auf etwa die Hälfte zurück. Im Bundesdurchschnitt erbrachte jede der 439 Einheiten (Kreise und kreisfreie Städte) im Jahre 2004 ein BIP von etwa 5.000 Mio. €, die 36 Kreise der beiden Flächenländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg hingegen im Durchschnitt 2.220 Mio. €. Über dem nordostdeutschen Durchschnittswert liegen nur 14 Kreise, darunter mit den beiden kreisfreien Städten Rostock – mit 4.803 Mio. € der einzige Kreis, der dem Bundesdurchschnitt nahekommmt – und Schwerin nur zwei Kreise aus Mecklenburg-Vorpommern. Neben Rostock erreichen nur noch Potsdam und Teltow-Fläming BIP-Summen über vier Mrd. Euro. Während Rostock damit über 15% des BIP Mecklenburg-Vorpommerns erwirtschaftet, liegen die Anteile von Schwerin, Potsdam und Teltow-Fläming am jeweiligen Landes-BIP nur zwischen acht und neun Prozent. Neben Cottbus gehören fast alle Berliner Umlandkreise in diese Gruppe mit überdurchschnittlichem BIP. Sie profitierten neben dem bereits vor 1990 dort vorhandenen wirtschaftlichen Potenzial vor allem von der Gewerbesuburbanisierung. Zu den ein überdurchschnittliches BIP erwirtschaftenden Kreisen zählt aufgrund seines Mineralöl verarbeitenden Standortes Schwedt/Oder auch der Landkreis Uckermark. Kreise mit wirtschaftsräumlichen Defiziten und unterdurchschnittlichem BIP 2004 sind mit jeweils weniger als 1,5 Mrd. € Uecker-Randow, Mecklenburg-Strelitz, Demmin, Parchim und Prignitz. Dazu gehören aber auch die kleineren kreisfreien Städte Wismar, Greifswald und Stralsund sowie die vom Tourismus geprägten Kreise Rügen und Müritz.

Neben dem aktuellen Stellenwert lässt der Indikator BIP-Entwicklung auch Aussagen über Trends und Zukunftschancen zu. Ein Vergleich der Veränderungsdaten des BIP (in

jeweiligen Preisen) erlaubt nicht nur einen Blick auf gegenwärtige wirtschaftsräumliche Disparitäten, sondern gibt Auskunft darüber, ob sich diese vergrößern oder minimieren. Letztlich kann daran auch der Erfolg bisheriger Strukturpolitik gemessen werden.

Während es im Vorjahresvergleich 2005 zu 2004 so schien, als ob die BIP-Entwicklung in den neuen Ländern stagniere, in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sogar geringfügig zurückgehe, zeigen die Werte des Jahres 2006 in die andere Richtung. Die neuen Länder weisen gemeinsam mit Hamburg und Baden-Württemberg die höchsten jährlichen Zuwachsraten auf. Bezogen auf das Jahr 2000 ist die BIP-Entwicklung in Nordostdeutschland, als eher durchschnittlich (Berlin unterdurchschnittlich) anzusehen, während sich in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen deutschlandweit die höchsten Zuwächse konzentrierten. Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass sich in Nordostdeutschland, wie in den neuen Ländern insgesamt, der wirtschaftliche Aufholprozess weiter fortsetzt, die Angleichung an das Niveau Westdeutschlands in jüngster Vergangenheit jedoch langsamer vollzieht.

Aufgrund der unterschiedlichen Datenlage kann die BIP-Entwicklung auf Kreisbasis nur bis 2004 bewertet werden. Sie ist damit nur bedingt mit der vorangegangenen Länderauswertung vergleichbar. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass sich die bisherigen Trends fortsetzen. Der wirtschaftlich am stärksten prosperierende Landkreis in Nordostdeutschland und den neuen Ländern, der bis heute sein BIP (in jeweiligen Preisen) fast vervierfachen konnte und damit auch deutschlandweit einen Spitzenplatz einnimmt, ist der südlich an Berlin angrenzende Kreis Teltow-Fläming. Hier haben sich, fast ausschließlich im engeren Verflechtungsbereich zu Berlin, nach 1990 zahlreiche Wachstumsbranchen des verarbeitenden Gewerbes wie Fahrzeugbau und Luftfahrtindustrie, aber auch Dienstleistungs- und Logistikunternehmen angesiedelt.

Zu den Kreisen mit den stärksten Zuwächsen an Wirtschaftskraft von etwa 250% gehören in Nordostdeutschland weiter die Umlandkreise Oberhavel, Bad Doberan und Havelland. Verdoppeln konnten ihr BIP gegenüber 1992 auch die Kreise Dahme-Spreewald, Märkisch-Oderland, aber auch der Müritzkreis und Demmin. Bedingt durch seine Wachstumsfelder maritime Wirtschaft und Holzcluster konnte die kreisfreie Stadt Wismar ihr BIP von 1998 bis 2004 um mehr als ein Drittel steigern und gegenüber 1992 fast verdoppeln. Potsdam (mit einem gegenüber 1992 ebenfalls nahezu verdoppelten BIP) hatte mit Ausnahme des Jahres 2002, wie Wismar mit Ausnahme des Jahres 2003, von allen Kreisen Nordostdeutschlands die höchsten wirtschaftlichen Zuwachsraten seit 2000.

Zu den Kreisen in Nordostdeutschland mit den seit 1998 geringsten wirtschaftlichen Zuwächsen bzw. sogar rückläufiger Entwicklung zählen Uecker-Randow (seit 2000 als einziger Kreis mit jährlichen Schrumpfraten), Mecklenburg-Strelitz, Güstrow, die kreisfreien Städte Neubrandenburg und Frankfurt (Oder) sowie der Landkreis Potsdam-Mittelmark.

Tab. 2: Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung (%)

	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Berlin	Neue Bundesländer*	Deutschland
<b>Land- und Forstwirtschaft</b>					
2000	4,4	2,4	0,2	2,4	1,3
2006	2,7	2,1	0,1	1,6	1,0
<b>Produzierendes Gewerbe (ohne Bau)</b>					
2000	11,7	18,6	15,0	18,5	25,1
2006	14,4	20,4	15,3	22,5	26,0
<b>Bauhauptgewerbe</b>					
2000	8,8	9,2	5,0	9,1	5,2
2006	5,2	5,2	3,0	5,6	4,0
<b>Dienstleistungsbereiche</b>					
2000	75,0	69,8	79,8	70,0	68,5
2006	77,7	72,2	81,6	70,2	69,1
<b>Darunter: öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung</b>					
2000	11,3	10,2	10,4	9,2	6,4
2004**	11,4	9,9	10,2	8,9	6,1

\* Ohne Berlin; \*\* Daten liegen nur bis 2004 vor

Quelle: Statistische Ämter der Länder und des Bundes

Eine Hauptursache für die Verringerung der Dynamik des Angleichungsprozesses kann in der Wirtschaftsstruktur Nordostdeutschlands gesehen werden. Zum Teil monostrukturierte Industriestandorte, die sich inselartig über den schon zu DDR-Zeiten ländlich und landwirtschaftlich geprägten Teil insbesondere der damaligen Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Potsdam und Frankfurt (Oder) verteilten, waren bereits unmittelbar mit der marktwirtschaftlichen Strukturanpassung weggebrochen. Träger des damaligen wirtschaftlichen Aufschwungs war zu großen Teilen das Baugewerbe. Mitte der 1990er Jahre lag dessen Anteil an der BWS der neuen Bundesländer zwischen 16% und 17%. Spätestens aber auch ab dieser Zeit ließ der von dieser Branche ausgehende Wachstumsschub nach. Mittlerweile beträgt der Anteil des Baugewerbes an der Bruttowertschöpfung in den neuen Ländern nur noch etwas mehr als 5%, immerhin noch 1,5% mehr als im Bundesdurchschnitt. Demgegenüber sind die anderen Bereiche des produzierenden Gewerbes in Nordostdeutschland unterrepräsentiert.

In Mecklenburg-Vorpommern erreicht dieser Bereich nur etwas mehr als die Hälfte des Bundesdurchschnitts. Positive Entwicklungen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft sowie im verarbeitenden Gewerbe, im Bereich Handel und Verkehr sowie in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen konnten die Rückgänge im Bausektor nur unzureichend kompensieren.

In Brandenburg ist der Anteil des produzierenden Gewerbes an der Wertschöpfung des Landes doppelt so hoch wie in Mecklenburg-Vorpommern. Sein Anteil liegt ohne Bauleistungen aktuell mit etwas mehr als 20% aber immer noch erheblich unter dem bundesweiten Durchschnitt von 26%. Berlin hat in diesem Bereich mit über 15% ebenfalls unterdurchschnittliche Werte. Diese sind jedoch für Städte mit einem hohen privaten Dienstleistungsanteil, wie z. B. auch in Hamburg, nicht unüblich. In Flächenländern werden Anteile von unter 20% nur noch in Schleswig-Holstein erreicht.

Auffallend für Nordostdeutschland ist der Anteil des Dienstleistungsbereichs insgesamt. So erreicht z. B. Mecklenburg-Vorpommern im bundesdeutschen Vergleich überdurchschnittliche Werte. Diese Zahlen relativieren sich jedoch, wenn man die Strukturen innerhalb des Dienstleistungsbereichs tiefer analysiert. Der Anteil der öffentlichen Verwaltung ist in Mecklenburg-Vorpommern fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

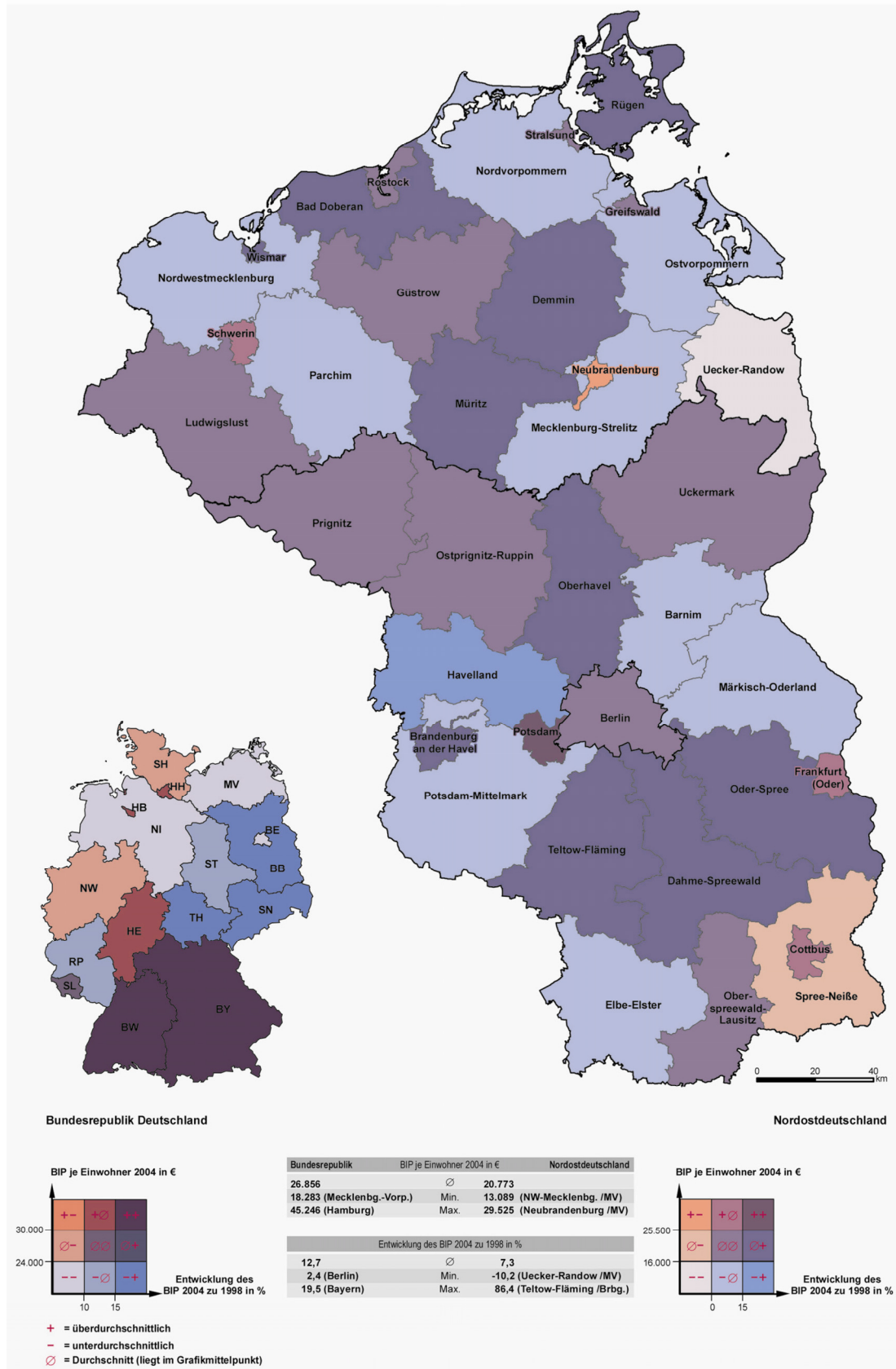
Somit wird verständlich, warum sich die Angleichung der Entwicklung der Wirtschaftsstruktur verlangsamt hat. Der zu Beginn der 1990er Jahre überdimensional gewachsene Bausektor und die ebenso mit viel Personal ausgestattete öffentliche Verwaltung waren die Träger dieses Aufschwungs. Durch den Einbruch des Bausektors ab 1997 und den Personalabbau im öffentlichen Dienst konnte der Abstand insbesondere der Bundesländer Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zum bundesdeutschen Durchschnitt in der Wirtschaftsleistung in den letzten Jahren kaum verringert werden.

Diese Strukturen spiegeln sich auch in der Analyse auf Basis der Landkreise und kreisfreien Städte wieder. Landkreise mit einem geringen BIP je Einwohner sind durch einen hohen Anteil im Dienstleistungsbereich gekennzeichnet, der überproportional von der öffentlichen Verwaltung getragen wird. Der Landkreis Uecker-Randow hat z. B. eine BWS im Dienstleistungsbereich von mehr als 80%, wovon fast die Hälfte dem Bereich der öffentlichen Verwaltung zuzuordnen ist. Parallel ist der Anteil des produzierenden Gewerbes sehr gering. In der Literatur wird dafür der Begriff „Rumpf-tertiärisierung“ (vgl. Klüter 2003) verwendet. Im Unterschied dazu ist in den Landkreisen mit hoher Wirtschaftsleistung die Verteilung strukturell verschieden. Der Landkreis Teltow-Fläming kann auf einen hohen Anteil im Bereich des produzierenden Gewerbes verweisen. Der Dienstleistungsbereich ist ebenfalls mit 66% gut positioniert, erreicht aber im Bereich der öffentlichen Verwaltung nur einen Anteil von etwa 15%.

Die kreisfreien Städte mit hoher Wirtschaftsleistung in Nordostdeutschland sind ebenfalls durch hohe Verwaltungsanteile gekennzeichnet. Das unterscheidet sie grundlegend von anderen Wirtschaftszentren in Deutschland. Der Landkreis München-Land hat zwar einen sehr hohen Anteil an Wirtschaftskraft im Dienstleistungsbereich (86,4%), der jedoch nicht von der öffentlichen Verwaltung dominiert wird. Dieser Anteil liegt hier bei nur 11%.

Die räumliche Analyse des BIP je Einwohner ergibt für Nordostdeutschland ein sehr heterogenes Bild. Das gilt für die Höhe des BIP genauso wie für seine Entwicklung. Die Kreise mit überdurchschnittlichem BIP pro Einwohner sind die kreisfreien Städte und der Landkreis Teltow-Fläming in Brandenburg. Die, bezogen auf die Wirtschaftsleistung, schwächsten Landkreise sind entweder zentrumsfern (Elbe-Elster, Uecker-Randow) oder aber klassische Auspendlerkreise wie z. B. Potsdam-Mittelmark, Nordwestmecklenburg oder Mecklenburg-Strelitz. Diese erreichen beim BIP je Einwohner nur etwa zwei Drittel des Durchschnitts Nordostdeutschlands und nur die Hälfte der kreisfreien Städte. Im Vergleich zu dem führenden Landkreis in Deutschland (München-Land) sind es gar nur 15%. Ähnlich niedrige Werte erreichen aber auch einige Landkreise in der Pfalz (Südwestpfalz oder Rhein-Pfalz-Kreis).

Abb. 1: Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner 2004 und BIP-Entwicklung gegenüber 1998



Quelle: LBV Brandenburg, Dez. Raumb Beobachtung 10/2006



Das Bruttoinlandsprodukt als Indikator für die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit hat sich im Vergleich zu vorangegangenen Jahren 2006 relativ stark erhöht. Die neuen Länder können dabei auf einen über dem Bundesdurchschnitt liegenden Anstieg von 3,3 % (einschließlich Berlin) verweisen. Dieser Anstieg fiel in Nordostdeutschland leider geringer aus. Berlin und Mecklenburg-Vorpommern verzeichneten zwar ebenfalls einen Anstieg, der jedoch mit 2,2 % bzw. 2,6 % nicht die Werte der anderen neuen Länder erreichte. In Brandenburg entsprach das BIP-Wachstum in etwa dem Bundesdurchschnitt. Auch aus diesem Grund kommt der Neuausrichtung der Förderpolitik in Nordostdeutschland im Sinne eines effizienteren Mitteleinsatzes eine große Bedeutung zu.

## 1.2 Tourismus

Der Tourismus ist für alle drei Länder Nordostdeutschlands ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Dabei erstreckt sich der Einfluss des Tourismus nicht nur auf das Beherbergungsgewerbe (Unterkunft), sondern in hohem Maße auch auf das Restaurationsgewerbe (Verpflegung), den Verkehr, den Einzelhandel und weitere Dienstleistungsbereiche (vgl. Tab. 3).

Für Mecklenburg-Vorpommern ist es vor allem an der gesamten Ostseeküste und in der Mecklenburgischen Schweiz und Seenplatte der Urlaubs- und Ferientourismus mit Übernachtungen, der für die Tourismuswirtschaft eine herausragende Bedeutung einnimmt. Entsprechend einer Reiseanalyse der Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen nimmt das Land beim Inlandtourismus als Urlaubsziel seit Jahren nach Bayern den zweiten Platz ein. So betrug der Anteil Mecklenburg-Vorpommerns am gesamten Inlandtourismus im Jahre 2005 insgesamt 4,7 % (Bayern: 7,2 %) und lag noch vor Schleswig-Holstein mit 4,2 % (vgl. F.U.R. 2006).

Für Brandenburg spielt neben dem Urlaubstourismus aufgrund der Berlinnähe insbesondere die Naherholung eine große Rolle. Das dokumentiert auch der Anteil der sonstigen Beherbergungseinrichtungen. Dazu gehören Vorsorge- und Reha-Kliniken, Jugendherbergen aber auch Ferienhäuser und Ferienwohnungen sowie Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime. Insbesondere das landschaftlich attraktive Berliner Umland ist für den Tagestourismus aus Berlin von herausragender Bedeutung.

Für die Metropole Berlin ist es vor allem der Städtetourismus, der vom Geschäfts- und Dienstreiseverkehr dominiert wird (u. a. Messe-, Kongress- und Bildungsreisen) und der neben dem (meist Kurz-)Urlaubstourismus das Gros des hauptstädtischen Fremdenverkehrs ausmacht. Den Stellenwert des Tourismus in Berlin beweist die Spitzenposition im Vergleich mit anderen Städten. Berlin konnte im Jahr 2005 rund 6,5 Mio. Besucher begrüßen. Das sind 35 % mehr als in München, dem Zweitplatzierten im Vergleich des deutschen Städtetourismus. Das auch 2006 fortgesetzt hohe Wachstum an Ankünften und Übernachtungen wurde maßgeblich durch die Auslandstouristen beeinflusst, die bereits 2005 mehr als 30 % der Berlinbesucher stellten und einen Anteil von über einem Drittel an allen Übernachtungen hatten (vgl. Langer 2007).

Tab. 3: Bedeutung des Gastgewerbes als Wirtschaftsfaktor

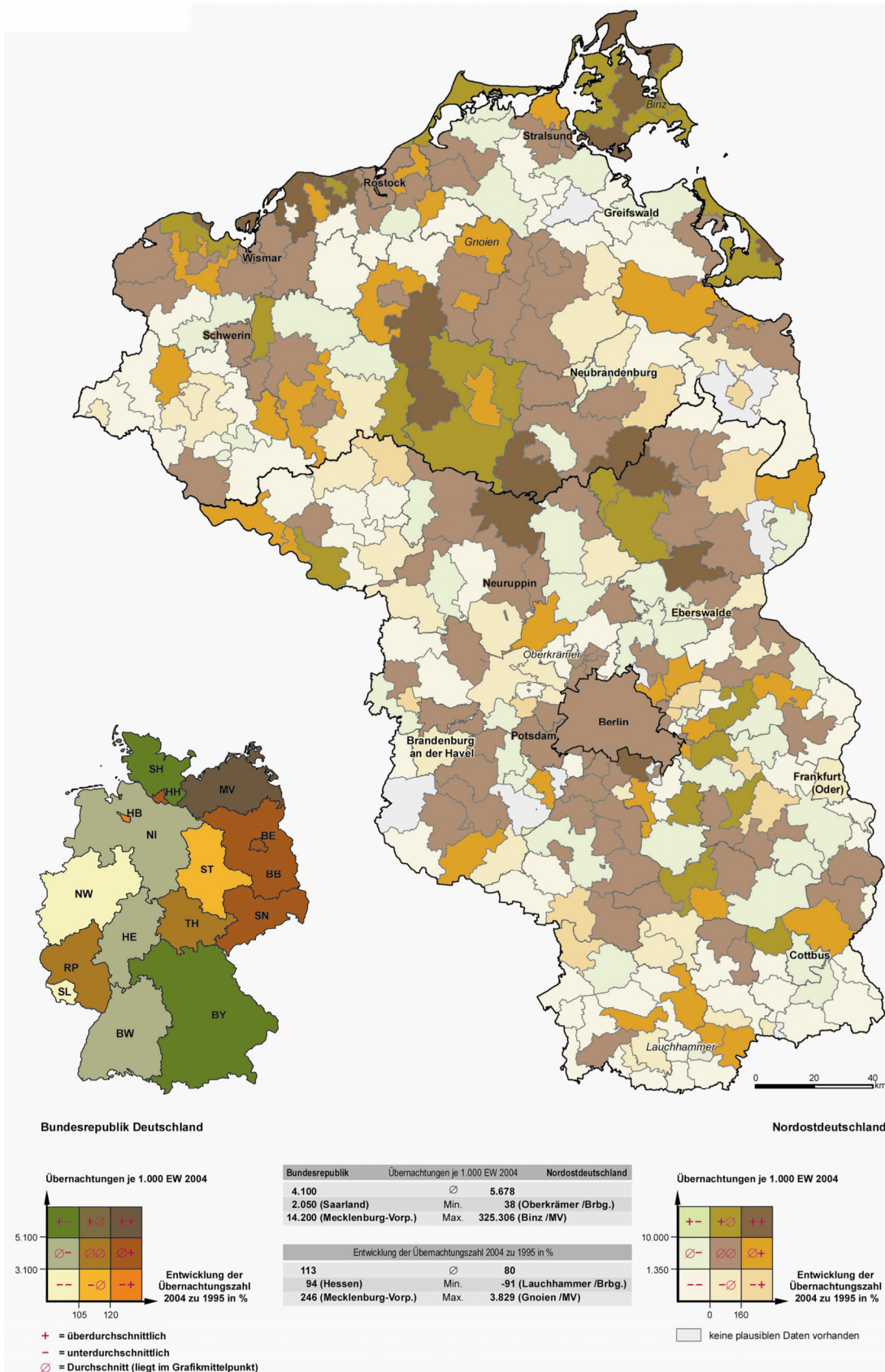
	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Berlin	Nordostdeutschland	Deutschland
<b>Anteile an der touristischen Wertschöpfung in Deutschland in %*</b>	3,2	2,5	5,3	11	-
<b>Anteil des Gastgewerbes an der BWS (Mill. €)</b>					
<b>1995</b>	462	477	1.214	2.153	23.600
<b>2000</b>	662	565	1.510	2.737	30.120
<b>2004</b>	771	609	1.635	3.015	31.520
<b>BWS – Entwicklung des Gastgewerbes (%)</b>					
<b>1995–2004</b>	66,9	27,7	34,7	40,0	33,6
<b>2000–2004</b>	16,5	7,8	8,3	10,2	4,6
<b>Übernachtungen (in Mio.)</b>					
<b>1995</b>	9,93	6,54	7,52	23,99	323,55
<b>2000</b>	18,25	8,38	11,41	38,04	347,42
<b>2004</b>	21,35	8,50	13,26	43,11	338,76
<b>2005</b>	21,28	8,61	14,62	44,51	343,98
<b>Veränderung Übernachtungen 2005 : 1995 %</b>	114,3	31,7	94,4	85,5	6,3

\* Quelle: Meyer 2005; Stabu 2007

Nicht alle wirtschaftlichen Effekte des Tourismus lassen sich mit Zahlen belegen bzw. eindeutig ermitteln, da zahlreiche Wirtschaftsbereiche bzw. touristisch nutzbare Einrichtungen wie z. B. Museen, Theater, andere kulturelle oder sportliche Einrichtungen, gastronomische Betriebe, der öffentliche Personenverkehr, der Einzelhandel etc. nicht ausschließlich von Touristen genutzt werden. Dennoch gibt es von den verschiedenen Tourismus- bzw. Wirtschaftsforschungsinstituten Schätzungen zu Umsätzen oder Ausgaben eines Urlaubs- bzw. Tagestouristen nach Ländern, z. T. auch nach Reisegebieten, aber auch darüber, welche Anteile die einzelnen Einrichtungen daran haben etc. Da diese Parameter für die beiden Flächenländer in den jeweiligen Tourismuskonzeptionen zwar landesweit, in der Regel jedoch weder kleinräumig noch vergleichbar für Nordostdeutschland vorliegen, werden sie nur exemplarisch herangezogen.

Deshalb wird die Bewertung des Wirtschaftsfaktors Tourismus in Nordostdeutschland hauptsächlich auf Basis der vorliegenden amtlichen Statistik erfolgen. Dabei kann die Wirtschaftskraft des Tourismus am Anteil an der wirtschaftlichen Gesamtleistung gemessen werden. Dieser betrug in Nordostdeutschland im Jahr 2004 rund 2,1% und lag damit über dem Bundesdurchschnitt von etwa 1,6%. Für die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Berlin spielt der Tourismus mit Anteilen von 2,7% und 2,3% eine noch bedeutendere Rolle. Aber auch in Brandenburg liegen die Werte mit 1,4% nur wenig unterhalb des Bundesdurchschnitts.

Abb. 2: Übernachtungen je 1.000 Einwohner 2004 und Entwicklung der Übernachtungszahl gegenüber 1995



Quelle: LBV Brandenburg, Dez. Raumbewachtung 10/2006

Weiterhin kann der Stellenwert des Tourismus über die Anzahl der Beschäftigten ermittelt werden. Für Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern ist in diesem Zusammenhang aber die Saisonalität zu beachten, die im Städtetourismus von nicht so großer Bedeutung ist. Berlin und Mecklenburg-Vorpommern können insgesamt auf höhere Prozentanteile im Gastgewerbe verweisen als der Bundesdurchschnitt. In Nordostdeutschland hat sich der Anteil an den Erwerbstätigen seit 1991 stetig erhöht. Auch die absoluten Zahlen weisen eine stetige Zunahme auf, mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern, wo im Jahr 2005 erstmals ein leichter Rückgang zu verzeichnen war.

Tab. 4 : Erwerbstätigkeit im Gastgewerbe

	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Berlin	Nordostdeutschland	Deutschland
<b>Erwerbstätige im Gastgewerbe (1000)</b>					
<b>1991</b>	25,6	26,8	57,8	110,2	1.228
<b>2000</b>	40,9	39,8	75,1	155,8	1.613
<b>2004</b>	47,1	42,4	86,7	176,2	1.734
<b>2005</b>	46,9	42,9	88,2	178,0	1.740
<b>Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt (%)</b>					
<b>1991</b>	3,0	2,2	3,5	3,0	3,2
<b>2000</b>	5,5	3,7	4,8	4,6	4,1
<b>2004</b>	6,6	4,2	5,6	5,4	4,5
<b>2005</b>	6,7	4,3	5,7	5,5	4,5

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Eine differenzierte kleinräumige Betrachtung des Tourismus macht deutlich, dass nicht alle Regionen, Kreise und Reisegebiete in Nordostdeutschland gleichermaßen am Tourismus partizipieren. Neben Berlin sind die beiden Flächenländer in insgesamt 18 Reisegebiete (Mecklenburg-Vorpommern: 5, Brandenburg: 13) unterteilt, die aufgrund ihrer unterschiedlichen Größe nur bedingt miteinander vergleichbar sind. So reicht die Zahl der Betten am 31.12.2005 von rund 54.000 in Vorpommern bis 1.900 im Elbe-Elster-Land. Alle Reisegebiete Mecklenburg-Vorpommerns konnten von 2004 bis 2005 ihre Bettenkapazitäten erweitern, Vorpommern um mehr als vier Prozent. Dagegen ging die Bettenzahl im Vorjahresvergleich 2005 in den meisten Brandenburger Reisegebieten mit wenigen Ausnahmen (Ruppiner Land: 5,8%, Barnimer Land: 5,2%) zurück, im Elbe-Elster-Land um fast neun Prozent (vgl. Ostdeutscher Sparkassen- und Giroverband 2006). Berlin standen 2005 in rund 580 Beherbergungseinrichtungen mehr als 84.000 Betten zur Verfügung, das waren insgesamt 4.800 mehr als noch im Jahr 2004 (vgl. Langer 2007).

In Nordostdeutschland fanden im Jahre 2005 fast 49 Mio. Übernachtungen (zum Vergleich Bayern: 75 Mio., Baden-Württemberg: 41 Mio. und Thüringen: 9 Mio.) in Beherbergungsstätten mit neun und mehr Gästebetten und auf Campingplätzen statt, davon mit 25 Mio. nahezu die Hälfte in Mecklenburg-Vorpommern (Brandenburg: 9 Mio. und Berlin: 15 Mio.). Nordostdeutschland hat damit einen Anteil von 70% an allen Übernachtungen in den neuen Ländern.

Während Berlin damit gegenüber 2004 einen Zuwachs von 10% verbuchen konnte, nahm Brandenburg bei den Übernachtungszahlen nur um etwas mehr als ein Prozent zu (Bund: 1,5%). Die Veränderungen zu 2004 hatten dabei eine Bandbreite von -21,1% in der Prignitz und 12,9% im Ruppiner Land. In Mecklenburg-Vorpommern betrug der

Anstieg der Übernachtungszahlen nicht ganz ein halbes Prozent, wobei die Zuwächse aller anderen Reisegebiete, die bis auf Westmecklenburg mit 4,1% etwas mehr als ein Prozent ausmachten, durch den Rückgang auf Rügen/Hiddensee fast vollständig kompensiert wurden.

Dennoch beträgt die Zahl der Übernachtungen im Landkreis Rügen im Jahr 2005 bei einem Rückgang gegenüber 2004 von 6,7% immer noch über 5 Mio. und stellt damit das Maximum aller Kreise Mecklenburg-Vorpommerns und Nordostdeutschlands (ohne Berlin) dar. Der Kreis Ostvorpommern kann als Zweitplatziertes im Jahr 2005 auf insgesamt 3,8 Mio. Übernachtungen verweisen, wovon 90% auf die Insel Usedom entfallen. Allein die 23 Seebäder in Mecklenburg-Vorpommern vereinen fast zwei Mio. Gästeankünfte mit über 10 Mio. Übernachtungen auf sich. Unter Beachtung der Tatsache, dass 45% der Familien mit Kindern den Strandurlaub bevorzugen, sind diese Größenordnungen durchaus nachvollziehbar (vgl. Maretzke 2004). In Brandenburg weist Potsdam-Mittelmark, der Kreis mit dem höchsten Wert, eine Übernachtungszahl von rund 850.000 auf, gefolgt von Dahme-Spreewald und Ostprignitz-Ruppin mit jeweils etwa 780.000 Übernachtungen.

Die relative Bedeutung des Tourismus lässt sich auch mit Hilfe der Tourismusintensität (Übernachtungen je 1.000 Einwohner) ausdrücken. Bei diesem Indikator, der den Urlaubstourismus in Relation zur Einwohnerzahl darstellt und somit Rückschlüsse auf Beschäftigungs- und Einkommensanteile zulässt, nimmt Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren im Ländervergleich den ersten Rang ein. Mit insgesamt 14.244 Übernachtungen je 1.000 Einwohner liegt dieser Wert im Jahre 2005 vielfach über dem Bundesdurchschnitt von 4.169 je 1.000 Einwohner, was z.T. aber auf die geringe Bevölkerungsdichte Mecklenburg-Vorpommerns insgesamt bzw. auch der Ostseeküste zurückzuführen ist, wo immerhin vier Fünftel aller Übernachtungen des Landes realisiert werden. Der Spitzenwert wird auf der Insel Rügen im Ostseebad Binz erreicht. Dort wurden je Einwohner mehr als 300 Übernachtungen gezählt. Während Berlin mit 4.316 Übernachtungen je 1.000 Einwohner geringfügig über dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegt, kommt Brandenburg (nach Reisegebieten differenziert) auf nur 3.653 Übernachtungen je 1.000 Einwohner (vgl. StaBu 2006; Ostdeutscher Sparkassen- und Giroverband 2006).

Seit 1995 haben sich die Übernachtungen in Mecklenburg-Vorpommern mehr als verdoppelt. Die Steigerungsraten in Brandenburg (31%) und in Berlin (94%) sind ebenfalls noch überdurchschnittlich.

Der größte Anteil aller Übernachtungen wurde in den prädikatisierten Gemeinden (Heilbäder, Seebäder, Luftkurorte und Erholungsorte) verzeichnet. Obwohl die touristisch attraktiven Gebiete schon ein sehr hohes Ausgangsniveau hatten, konnte die Dynamik der Entwicklung seit Jahren beibehalten werden. Das Jahr 2004 hatte aufgrund des schlechten Wetters im Sommer dieser Entwicklung ein vorläufiges Ende gesetzt. Die positive Entwicklung der Mecklenburgischen Seenplatte belegen die Ämter Krakow am See und die Stadt Waren. In Brandenburg hat sich die touristische Entwicklung insbesondere in den amtsfreien Gemeinden Rheinsberg und Grünheide sowie im Amt Scharmützelsee vollzogen. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Betten je 1.000 Einwohner. Das Angebot in den Tourismusregionen konnte bei einem hohen Ausgangsniveau trotzdem noch gesteigert werden. Sichtbar ist aber auch die positive Entwicklung in der Mecklenburgischen Seenplatte bis hinein in das Ostruppiner Land.

Zusammenfassend kann der Tourismus zumindest in Teilräumen Nordostdeutschlands als der Motor der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung angesehen werden. Es gibt mittlerweile aber auch Beobachtungen, die Rückgänge im Tourismusbereich Nord-

ostdeutschlands, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern konstatieren. Dies ist teilweise auch dem demografischen Wandel geschuldet, der sich auf die Tourismusbranche einerseits negativ (Rückgang des Familientourismus), andererseits aber auch positiv (Zunahme im Gesundheits- bzw. Wellness-tourismus) auswirken kann.

Insbesondere dort, wo auf die touristische Nachfrage aus der Region selbst bzw. Ostdeutschlands gesetzt wird, machen sich diese Verwerfungen in Form von Rückgängen bei Übernachtungszahlen bzw. bei den Tagesausflüglern bereits jetzt bemerkbar. Aber auch die Konkurrenz zu anderen Tourismusregionen innerhalb Deutschlands wie z. B. zur Nordseeküste oder zur Ostseeküste Schleswig-Holsteins wird den Wettbewerb verschärfen, denn der Modernisierungsvorsprung gegenüber den genannten Regionen stagniert bzw. nimmt durch Investitionen in die touristische Infrastruktur dieser Regionen auch ab.

### 1.3 Kaufkraft

Die jährlich von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) veröffentlichten Kaufkraftkennziffern, die Informationen über das verfügbare Einkommen der Verbraucher am Wohnort liefern, sind als ‚Wohlstandsindikatoren‘ gut geeignet, Einkommensgefälle bzw. Wohlstandsunterschiede zwischen Gemeinden, Kreisen, Regionen etc. aufzudecken. In die Berechnung des GfK Kaufkraftindikators fließen alle Nettoeinkünfte der Bevölkerung einschließlich der staatlichen Leistungen mit ein. Er wird als der Teil des verfügbaren jährlichen Einkommens ermittelt, der nach Abzug aller wiederkehrenden Zahlungsverpflichtungen (z. B. Miete, Kreditraten, Versicherungsprämien) zum Lebensunterhalt und zu Konsumzwecken übrig bleibt. Grundlage der Kaufkraftberechnung bilden neben Prognosen vor allem die amtliche Lohn- und Einkommensstatistik sowie Statistiken über staatliche Leistungen. Der Indikator wird pro Kopf und Jahr in Euro sowie als Kaufkraftindex je Einwohner, normiert am Durchschnitt der Bundesrepublik (= 100), ausgewiesen. Das damit im vorliegenden Falle dargestellte Konsumpotenzial der Bevölkerung der nordostdeutschen Ämter und amtsfreien Gemeinden lässt in Verbindung mit weiteren Indikatoren wie z. B. Pendlerdaten indirekt auch Schlüsse auf wirtschaftsräumliche Potenziale zu. Die GfK ermittelt auch die „einzelhandelsrelevante Kaufkraft“, die gemeinsam mit Umsatzkennziffern Kaufkraftab- und -zuflüsse der Gemeinden (Einzelhandelszentralität) sichtbar machen und damit eine Rolle bei der Festlegung der Zentralen Orte spielen.

Für Deutschland wird nach der neuesten GfK-Kaufkraftstudie 2007 ein Kaufkraftvolumen von insgesamt 1.488 Mrd. Euro angegeben. Das bedeutet, dass jedem Einwohner eine durchschnittliche Kaufkraftsumme von 18.055 Euro (2004: 17.631 Euro) zur Verfügung steht. Die Pro-Kopf-Verteilung des Kaufkraftvolumens macht sowohl großräumig auf Länderebene, als auch kleinräumig in Nordostdeutschland große regionale Disparitäten deutlich. Während im Jahr 2004 in den alten Ländern die Pro-Kopf-Summe 18.326 Euro beträgt, liegt sie in den neuen (einschließlich Berlin) mit 15.493 Euro (ohne Berlin: 14.504 Euro) wesentlich darunter. Der Unterschied beim Pro-Kopf-Kaufkraftländerranking beträgt zwischen den Spitzenreitern Hamburg, Hessen und Bayern und den Schlusslichtern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit rund 5.000 Euro etwa ein Drittel. Der Kaufkraftindex der neuen Länder liegt dabei mit Ausnahme von Brandenburg und Berlin immer noch mit mehr als 15 Prozentpunkten hinter dem bundesdeutschen Durchschnitt zurück. In Bezug auf die Bundesländer mit der höchsten Kaufkraft beträgt die Differenz sogar mehr als 25 Prozentpunkte. In den neuen Ländern erreichte kein einziger Landkreis und keine kreisfreie Stadt über dem Bundesdurchschnitt liegende Kaufkraftwerte.

Ein Ergebnis der GfK-Kaufkraftstudie 2007 ist neben dem verhältnismäßig höheren Anstieg der Pro-Kopf-Summen in den neuen Ländern die Feststellung der weiteren Verlagerung von Kaufkraft in das Umland der meisten deutschen Großstädte. Dass sich dabei im Osten Deutschlands Brandenburg von Mecklenburg-Vorpommern bzw. den anderen neuen Ländern durch eine bis zu 7% höhere Pro-Kopf-Summe unterscheidet, ist auf die Wohnsuburbanisierung im Berliner Umland und damit auf die gegenwärtig zwar zurückgehenden, aber immer noch hohen Anteile Berliner Zuwanderer hierher zurückzuführen. Die Kaufkraft „wandert“ sinnbildlich mit den Zuzügen aus der Stadt in das Umland mit, wobei nicht gesagt ist, dass das Konsumpotenzial trotz der zahlreichen Ansiedlungen von großflächigen Shopping- und Fachmarktcentern auch hier verbleibt. Gerade im engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin weisen Umlandgemeinden einzelhandelsrelevante Kaufkraftabflüsse nach Berlin zwischen 15% und 30% auf, wie eine im Jahre 2006 angefertigte Kundenstrom- und Bestandsanalyse des großflächigen Einzelhandels zeigt (vgl. FfH, BBE 2006). Dies könnte neben der ohnehin großen Einzelhandelszentralität der Metropole Berlin auch darin begründet sein, dass, ähnlich der Korrelation zwischen Stadt-Umland-Wanderung und Pendler„rück“wanderung (Arbeitsplatz wird dabei in der Regel im städtischen Zentrum beibehalten), mit den Zuwanderungen aus Berlin in das Umland auch eine Erhöhung des Kaufkraftabflusses aus dem Umland nach Berlin einhergeht.

Die kleinräumige Analyse der Kaufkraftpotenziale innerhalb Nordostdeutschlands deutet auf ein Wohlstandsgefälle hin, das einerseits zwischen Ostseeküste, den Oberzentren und wirtschaftlichen Schwerpunktregionen sowie (mit Ludwigslust und Westmecklenburg) dem Raum in der Nähe von Hamburg/Lübeck und andererseits den zentrenfernen Gebieten besteht. Besonders hebt sich dabei erneut das Umland der Bundeshauptstadt Berlin ab, in dem sich die 21 Gemeinden Nordostdeutschlands befinden, deren Kaufkraftwerte z. T. weit über Bundesdurchschnitt liegen.

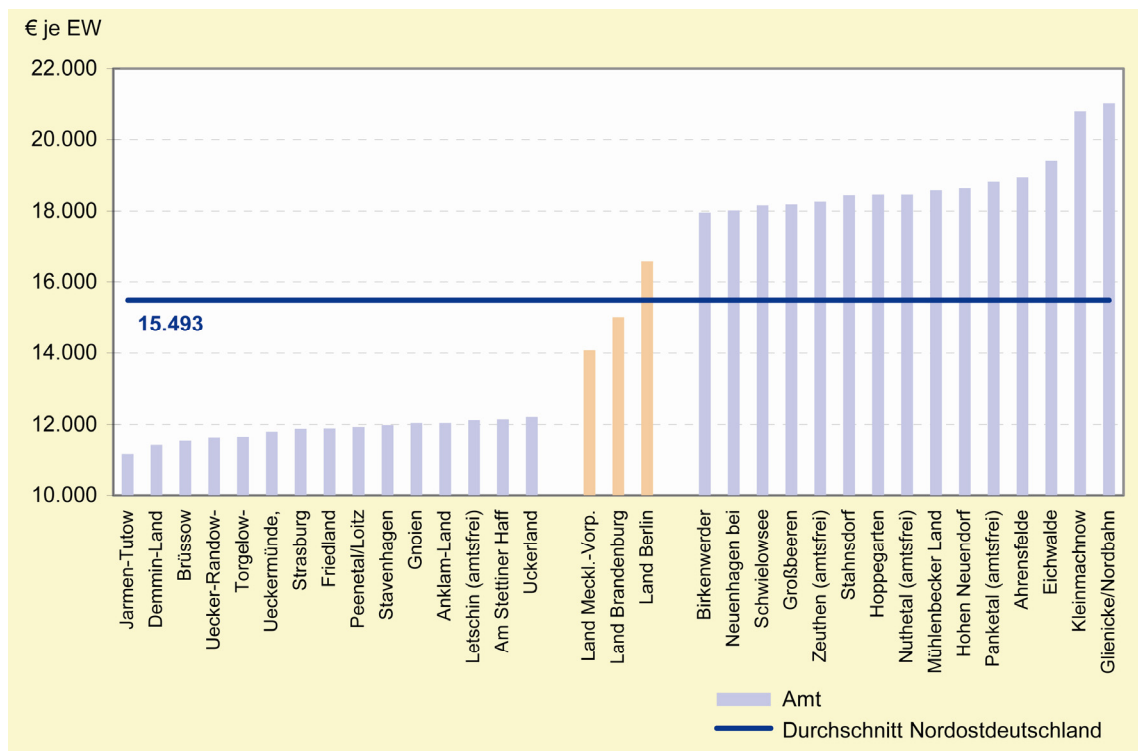
Tab. 5: Kaufkraftkennziffern 2006

	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Berlin	Nordostdeutschland	Deutschland
<b>Kaufkraft (Mrd. €)</b>	24,2	38,6	56,2	118,9	1.454,6
<b>Kaufkraft je Einwohner (€)</b>	14.071	15.016	16.575	15.490	17.631
<b>Kaufkraftindex (%)</b>	79,8	85,2	94,0	87,9	100

Quelle: GfK 2006

In Mecklenburg-Vorpommern weist das kaufkraftstärkste Amt Warnow West (im unmittelbaren Umland von Rostock gelegen) einen Wert von 16.576 Euro je Einwohner auf. Im Vergleich dazu stehen den Einwohnern von Starnberg (Gemeinde mit der höchsten Kaufkraft in Deutschland), Düsseldorf und vom Hochtaunuskreis zu Konsumzwecken jährlich zwischen 8.000 Euro und 9.000 Euro mehr zur Verfügung. Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern nur acht Gemeinden, in denen die Kaufkraft über dem nordostdeutschen Durchschnitt liegt. Diese befinden sich ausschließlich in den Stadt-Umland-Bereichen von Rostock und Schwerin. Auch dies ist wie im engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin Ausdruck des bundesweiten Trends, dass Kaufkraft aus deutschen Großstädten in das Umland abwandert. So erreichen weder Berlin noch die Oberzentren Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs den Bundesdurchschnitt. Selbst der nordostdeutsche Mittelwert wird bei den Oberzentren und kreisfreien Städten nur von den beiden Landeshauptstädten Schwerin und Potsdam sowie Berlin überschritten.

Abb. 3: Kaufkraft ausgewählter Ämter und amtsfreier Gemeinden 2006

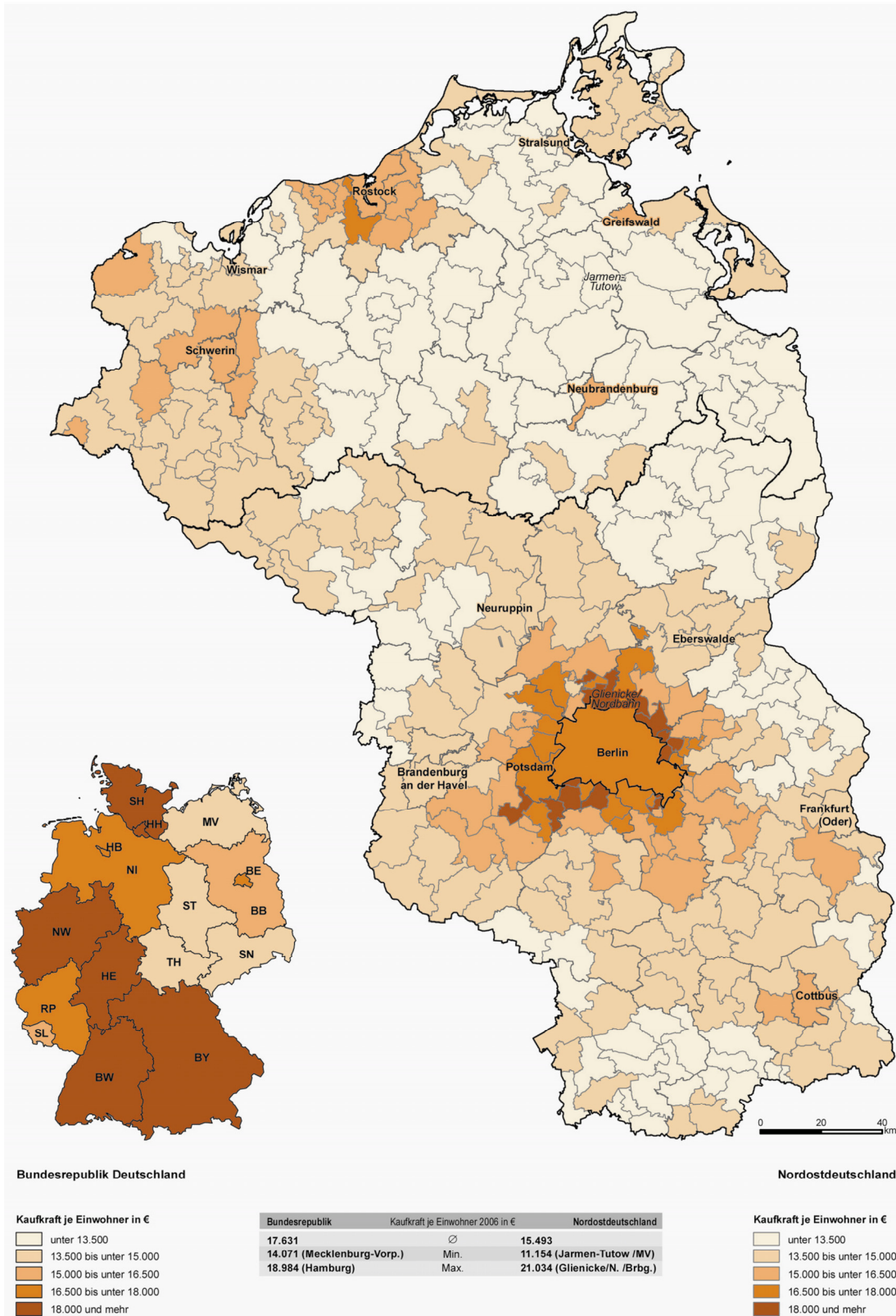


Quelle: GfK 2006; eigene Berechnungen

Die Gemeinden mit der geringsten Kaufkraft in Nordostdeutschland konzentrieren sich zum überwiegenden Teil in zentrenfernen Räumen Mecklenburgs und Vorpommerns, in der Uckermark, im Oderbruch sowie in kleineren altindustriellen Gebieten im Süden Brandenburgs. Die Kaufkraft liegt dort noch unterhalb von 13.500 Euro je Einwohner, was einem Kaufkraftindex von weniger als 76% entspricht. Die geringste Kaufkraft befindet sich in den Landkreisen Demmin, Uecker-Randow und Güstrow. Hier erreichen ausnahmslos alle Ämter und amtsfreien Gemeinden nur diese geringen Werte, in Demmin und Uecker-Randow sogar nur unter 12.000 Euro je Einwohner. Im Brandenburger Landkreis Uckermark ist es einzig der Industriestandort Schwedt (Oder), der mit 14.233 Euro je Einwohner dem Durchschnitt Nordostdeutschlands (ohne Berlin) nahekommt.



Abb. 4: Kaufkraft je Einwohner 2006 (GfK)



Quelle: LBV Brandenburg, Dez. Raumbbeobachtung 12/2006

## 2 Erwerbstätigkeit

### 2.1 Beschäftigung

Um die Erwerbstätigkeit in abgegrenzten Räumen erfassen und bewerten zu können, werden häufig die Indikatoren auf der Grundlage der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung herangezogen. Die Beschäftigtendaten werden nach Arbeits- und Wohnortprinzip ermittelt und wurden im vorliegenden Falle für Nordostdeutschland von der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg, zur Verfügung gestellt. Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SV-Beschäftigte) zählen Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, die – pflichtversichert – mit ihren Beiträgen Ansprüche auf soziale Leistungen wie z. B. Arbeitslosengeld oder Renten erwerben. Nicht zu den SV-Beschäftigten, jedoch zu den Erwerbstätigen gehören Beamte, Selbstständige und die sogenannten geringfügig Beschäftigten („Mini-Jobs“).

Somit erfasst die Beschäftigtenstatistik nur rund 65 % bis 85 % aller Erwerbstätigen. Trotz dieses Mangels wird die Beschäftigtenzahl am Arbeitsort in der Regel als probater Indikator und Näherungswert für die in einem (Wirtschafts-) Raum vorhandenen Arbeitsplätze angesehen (vgl. BBR 2006a, b). Indirekt kann darüber auch auf die Wirtschaftsstruktur der Gemeinde, des Kreises etc. geschlossen werden, da die SV-Beschäftigten am Arbeitsort nach Wirtschaftszweigen klassifiziert werden können. Diese Zahl und die gebräuchlichsten Beschäftigtenindikatoren, wie im vorliegenden Falle die Beschäftigtenquote (SV-Beschäftigte je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter), aber auch die Beschäftigtendichte (SV-Beschäftigte je 100 Einwohner in %) oder die Arbeitsplatzdichte (SV-Beschäftigte je 1.000 Einwohner), sind gut geeignet, die Verteilung der Arbeit im Raum widerzuspiegeln. In Zusammenhang mit dem Pendlerverhalten und den Arbeitsmarktdaten kann so relativ kleinräumig auf Strukturdefizite und räumliche Beschäftigungsdisparitäten unterhalb der Kreisebene geschlossen werden.

Mit der Einführung des Sozialgesetzbuches II (SGB II) im Jahre 2005 und der gleichzeitigen Zunahme der Inanspruchnahme von Überbrückungsgeld und Existenzgründungszuschüssen wuchsen einerseits die Zahl der geringfügig Beschäftigten und andererseits die Zahl der Selbstständigen teilweise stark an. So ist es durchaus möglich, dass die Zahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum innerhalb ein und desselben Raumes insgesamt zu- und die der SV-Beschäftigten abgenommen haben. Da die Erwerbstätigen Teil der Berechnungsgrundlage der Arbeitslosenquoten sind, kann diese Entwicklung gleichzeitig auch dazu führen, dass trotz abnehmender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und gleichbleibender Arbeitslosenzahl sich die Arbeitslosenquoten um mehrere Prozentpunkte verbessern können.

In der Bundesrepublik Deutschland existierten 2006 rund 26,4 Mio. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Dies sind 10 % weniger als noch im Jahre 1992. Bezogen auf alte und neue Bundesländer vollzog sich die Entwicklung bis 2006 dabei sehr unterschiedlich. Während in den alten Ländern die SV-Beschäftigtenzahl um rund 6 % abnahm, gingen die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in den neuen Ländern seit 1992 um 25 % zurück. Da die Beschäftigtenstatistik (SV-Beschäftigte am Arbeits- und am Wohnort) der Länder erst ab 1995 überhaupt vergleichbar ist, Daten auf Ebene der Gemeinden z. T. erst ab 1997 und dann nicht vollständig vorliegen, beziehen sich im Folgenden die Aussagen zur Beschäftigtenentwicklung auch auf unterschiedliche Basisjahre. Dies hat zur Folge, dass der umfangreiche Arbeitsplatzabbau, der im Zuge der marktwirtschaftlichen Strukturanpassung bereits bis 1993 in den neuen Ländern stattfand, nicht erfasst wird. Gerade aber in der für Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg traditionellen Landwirtschaft reduzierte sich

die Zahl der Beschäftigten in dieser Zeit auf bis ein Fünftel. Ähnlich verlief der Rückgang der Industriebeschäftigtenzahlen, der z.B. im Land Brandenburg in einzelnen Kreisen ebenfalls bis zu 80 % betragen konnte (vgl. LUA Brandenburg 1994).

Die Beschäftigtenstatistik verzeichnet deutschlandweit seit 1992 fast ausschließlich Rückgänge. Dementsprechend nahm die SV-Beschäftigtenzahl im Juni 2005 im Vorjahresvergleich bundesweit noch um 1,3 % ab (minus ein Prozent in den alten und fast minus drei Prozent in den neuen Ländern, Nordostdeutschland: -2,7%). Dagegen ist im Jahre 2006 gegenüber dem Vorjahr erstmals seit der Deutschen Vereinigung eine Zunahme der SV-Beschäftigtenzahlen in allen Bundesländern zu beobachten. So wuchs deren Anzahl in den neuen Ländern in bescheidenem Maße um 0,8 % an, damit aber dennoch stärker als in den alten Ländern (0,6%). Nordostdeutschland lag dabei mit einem Prozent Zuwachs noch über dem Bundestrend (Berlin: 1,1 %, Brandenburg: 1,0 %, Mecklenburg-Vorpommern: 0,9 %) und wies damit nach Hamburg, Schleswig-Holstein und Bayern im Ländervergleich den viertstärksten Beschäftigtenanstieg des letzten Jahres auf. Der Zuwachs erfolgte vor allem im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen, dabei fast ausschließlich in der Arbeitnehmerüberlassungsbranche (Personaldienstleister).

In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg stiegen nach weiteren größeren Einbrüchen seit 1999 erstmals wieder auch die SV-Beschäftigtenzahlen im produzierenden Gewerbe an. So lag 2006 der Beschäftigungsaufbau im Teilbereich verarbeitendes Gewerbe in Brandenburg zwischen 4.000 und 5.000 neuen Arbeitsplätzen. In Berlin nahmen die Dienstleistungsbereiche ebenfalls zu, während das produzierende Gewerbe statistisch weiter zurückging (vgl. BA 2007). Der Zuwachs im produzierenden Gewerbe fällt in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg effektiv noch höher aus bzw. der Rückgang in Berlin moderater, da die Arbeitnehmerüberlassungsbranche ihre Beschäftigten zu großen Teilen in den Bereich des produzierenden Gewerbes verleiht.

Innerhalb Nordostdeutschlands verlief die Beschäftigtenentwicklung nach Kreisen sowie Ämtern und amtsfreien Gemeinden stark unterschiedlich. Von 1999 bis 2006 hatten nur die kreisfreien Städte Potsdam und Wismar sowie der Landkreis Teltow-Fläming eine ausgeglichene Entwicklung. Die stärksten Rückgänge in dieser Zeit von rund einem Viertel und mehr aller SV-Beschäftigten verzeichneten dagegen Uecker-Randow (-30,1 %), Mecklenburg-Strelitz (-29,7 %), Nordvorpommern (-26,0 %), Spree-Neiße (-25,7 %), Demmin (-24,6 %) und Uckermark (-24,5 %). Im Vorjahresvergleich verlief die Beschäftigtenentwicklung in den meisten Kreisen relativ ausgeglichen. Bis auf neun konnten alle anderen nordostdeutschen Kreise, zumeist auch erstmalig seit 1999, wieder geringe Zuwächse verbuchen. Am stärksten stiegen mit mehr als 2 % die SV-Beschäftigtenzahlen in den Kreisen Rostock, Teltow-Fläming, Wismar, Havelland, Dahme-Spreewald, Ostprignitz-Ruppin und Nordwestmecklenburg an. Die stärksten Rückgänge von mehr als einem Prozent verzeichneten dagegen 2006 die Kreise Rügen, Nordvorpommern, Güstrow und Frankfurt (Oder).

Tab. 6: Anteile der Wirtschaftsbereiche an den SV-pflichtig Beschäftigten am Arbeitsort

	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Berlin	Nordostdeutschland	Deutschland
<b>SV-Beschäftigte insgesamt</b>					
1999	604.372	830.947	1.131.645	2.566.964	27.482.584
2004	511.732	715.500	1.042.262	2.269.494	26.523.982
2005	498.993	698.915	1.013.758	2.211.666	26.178.266
2006*	503.624	705.763	1.024.464	2.233.851	26.354.336
<b>Land-, Forstwirtschaft, Fischerei (%)</b>					
1999	4,7	4,1	0,6	2,7	1,3
2004	4,1	3,8	0,5	2,3	1,2
2005	3,9	3,7	0,4	2,2	1,2
2006*	3,9	3,6	0,4	2,2	1,2
<b>Produzierendes Gewerbe (%)</b>					
1999	26,7	30,9	22,9	26,4	36,5
2004	22,1	26,3	17,9	21,5	33,2
2005	21,8	25,9	17,4	21,1	32,7
2006*	21,8	25,8	17,0	20,9	32,2
<b>Handel, Gastgewerbe, Verkehr (%)</b>					
1999	23,9	23,3	22,5	23,1	23,2
2004	25,0	24,2	23,0	23,8	23,3
2005	25,3	24,6	23,5	24,2	23,4
2006*	24,7	24,1	23,4	23,9	23,4
<b>Übrige Dienstleistungen (%)</b>					
1999	44,7	41,8	54,0	47,9	38,9
2004	48,8	45,7	58,6	52,3	42,4
2005	49,0	45,8	58,7	52,4	42,8
2006*	49,5	46,4	59,2	53,0	43,3

\*2006: Vorläufige Ergebnisse

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2007 a, Datenstand jeweils zum 30.06. des Jahres

Die Bandbreite der Beschäftigtenentwicklung von 1997 bis 2004 in den Ämtern und amtsfreien Gemeinden erstreckt sich in Nordostdeutschland von einem Plus von über 220% (Großbeeren) bis zu einem Rückgang von 54% (Uecker-Randow-Tal). Von den 323 Ämtern und amtsfreien Gemeinden Nordostdeutschlands verzeichnen in dieser Zeit nur 38 eine positive, 285 dagegen eine negative Beschäftigtenentwicklung. Zu der Gruppe mit den höchsten Beschäftigtenzuwächsen bis 2004 gehörten neben Großbeeren auch Grünheide (120%) und Wustermark (92%), die Gemeinden im Land Brandenburg, die in den 1990er Jahren ein Güterverkehrs- bzw. Logistikzentrum (GVZ) errichteten. Innerhalb dieser GVZ bzw. in deren Umfeld siedelte sich eine Vielzahl von Unternehmen der Dienstleistungsbranche an.

Beschäftigtenzuwächse verzeichnen auch zahlreiche touristisch geprägte Ämter und amtsfreie Gemeinden entlang der Ostseeküste wie Heringsdorf, Binz, Graal Müritz, Zingst, Kühlungsborn oder Boltenhagen. Zu den 12 Ämtern/amtsfreien Gemeinden mit den stärksten Beschäftigungsrückgängen von über 40% gehören Uecker-Randow-Tal, Jarmen-Tutow, Senftenberg und Premnitz. Schon jetzt kann ohne detaillierte Kenntnis der Angaben auf Gemeindebasis davon ausgegangen werden, dass bei sehr vielen Äm-

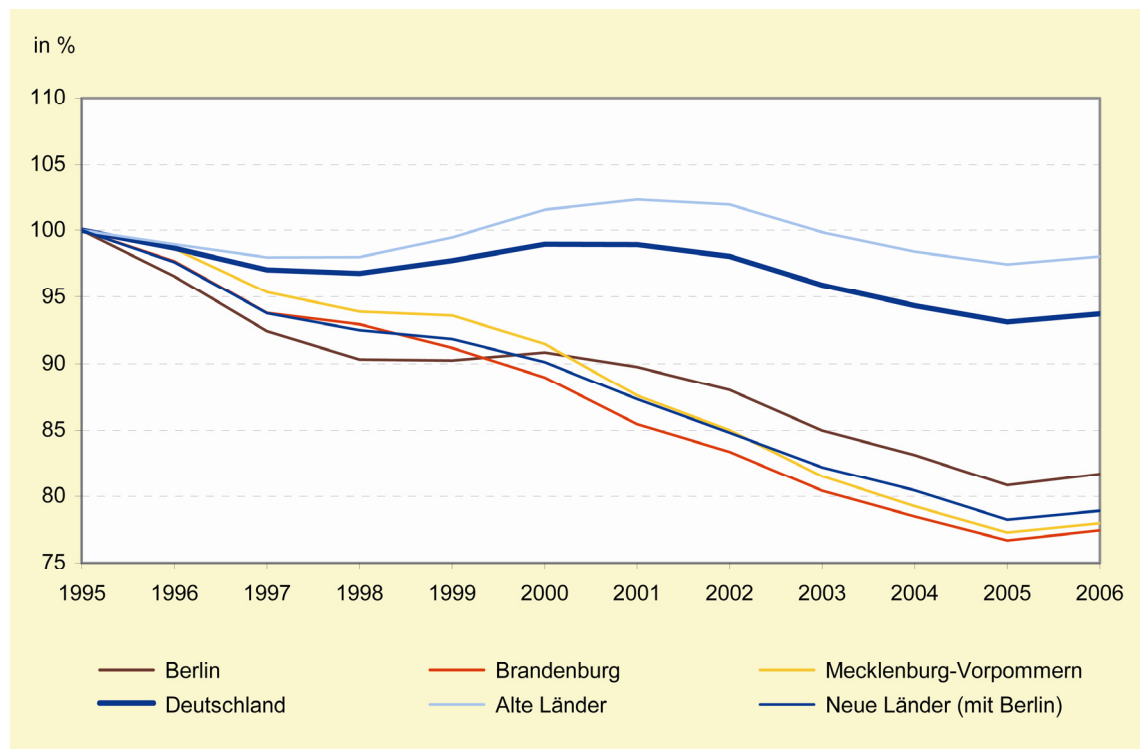
tern und amtsfreien Gemeinden von Juni 2005 bis Juni 2006, ähnlich der Entwicklung der Kreise, eine Zunahme der SV-Beschäftigtenzahlen zu verzeichnen sein wird.

Die Beschäftigtenquote, bezogen auf die Einwohner im erwerbsfähigen Alter, beträgt im Jahr 2004 in Nordostdeutschland 42% (Deutschland: 48%). Dabei liegen bei mehr als einem Viertel aller Ämter/amtsfreien Gemeinden die Beschäftigungsquoten über dem nordostdeutschen Durchschnitt und immerhin noch bei einem Fünftel über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Zu diesen gehören Schwarzheide, Waren, Bad Doberan, Potsdam, Schwerin und Binz. Insgesamt 59 Gemeinden haben Beschäftigtenquoten unter 20%. Dies sind nicht nur peripherer gelegene und strukturschwächere Ämter und Gemeinden wie Uecker-Randow-Tal (10%), Lebus (12%), Anklamer Land (16%) oder Nuthe-Urstromtal (18%), sondern auch zahlreiche im unmittelbaren Umland von Berlin wie Schulzendorf (9%), Panketal (12%) oder Eichwalde (15%). Letztere weisen höchste Auspendlerquoten auf und haben kaum eine eigene Wirtschaftsstruktur entwickelt. Es überwiegt die Wohnfunktion.

Die einzelnen Wirtschaftsbereiche waren an der Beschäftigtenentwicklung seit 1999 in unterschiedlichem Maße beteiligt. Bis auf die kreisfreie Stadt Wismar nahmen in allen nordostdeutschen Kreisen die SV-Beschäftigtenzahlen im Bereich des produzierenden Gewerbes gegenüber 1999 ab. In den beiden kreisfreien Städten Cottbus und Frankfurt (Oder) sowie den Landkreisen Uecker-Randow, Rügen, Nordvorpommern und Mecklenburg-Strelitz ging die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse im produzierenden Gewerbe in dieser Zeit um mehr als 45% zurück (Nordostdeutschland: -31%). Im Jahr 2005 kam der flächendeckende Abwärtstrend des produzierenden Gewerbes zum Stillstand bzw. kehrte sich in den meisten Kreisen Nordostdeutschlands in bescheidene Zuwächse um. Letzteres vollzog sich vor allem in den Kreisen Teltow-Fläming, Nordwestmecklenburg, Havelland, Neubrandenburg und Rostock, wobei aber auch Uecker-Randow einen dreimal so hohen Beschäftigungsaufbau im produzierenden Gewerbe aufwies wie der Landesdurchschnitt. Dagegen ging die Beschäftigtenzahl dieses Bereiches im Landkreis Rügen mit fast 7% am weitaus stärksten zurück.

Die seit Mitte der 1990er Jahre ohnehin nicht von solch umfangreichen Beschäftigtenrückgängen betroffenen Dienstleistungsbereiche (ohne Handel, Gastgewerbe und Verkehr) konnten im vergangenen Jahr z. T. beträchtlich zulegen. Bis auf die vier Kreise Nordvorpommern, Rügen, Güstrow und Potsdam-Mittelmark nahm in allen anderen Kreisen die SV-Beschäftigtenzahl dieses Wirtschaftsbereiches zu, am stärksten mit über vier Prozent in Spree-Neiße, Wismar, Dahme-Spreewald, Oberspreewald-Lausitz und Prignitz. Weiterhin sind es vor allem die kreisfreien Städte, deren SV-Beschäftigtenzahl hier zwischen drei und vier Prozent anstieg (Ausnahmen: Neubrandenburg, Cottbus und Frankfurt/Oder).

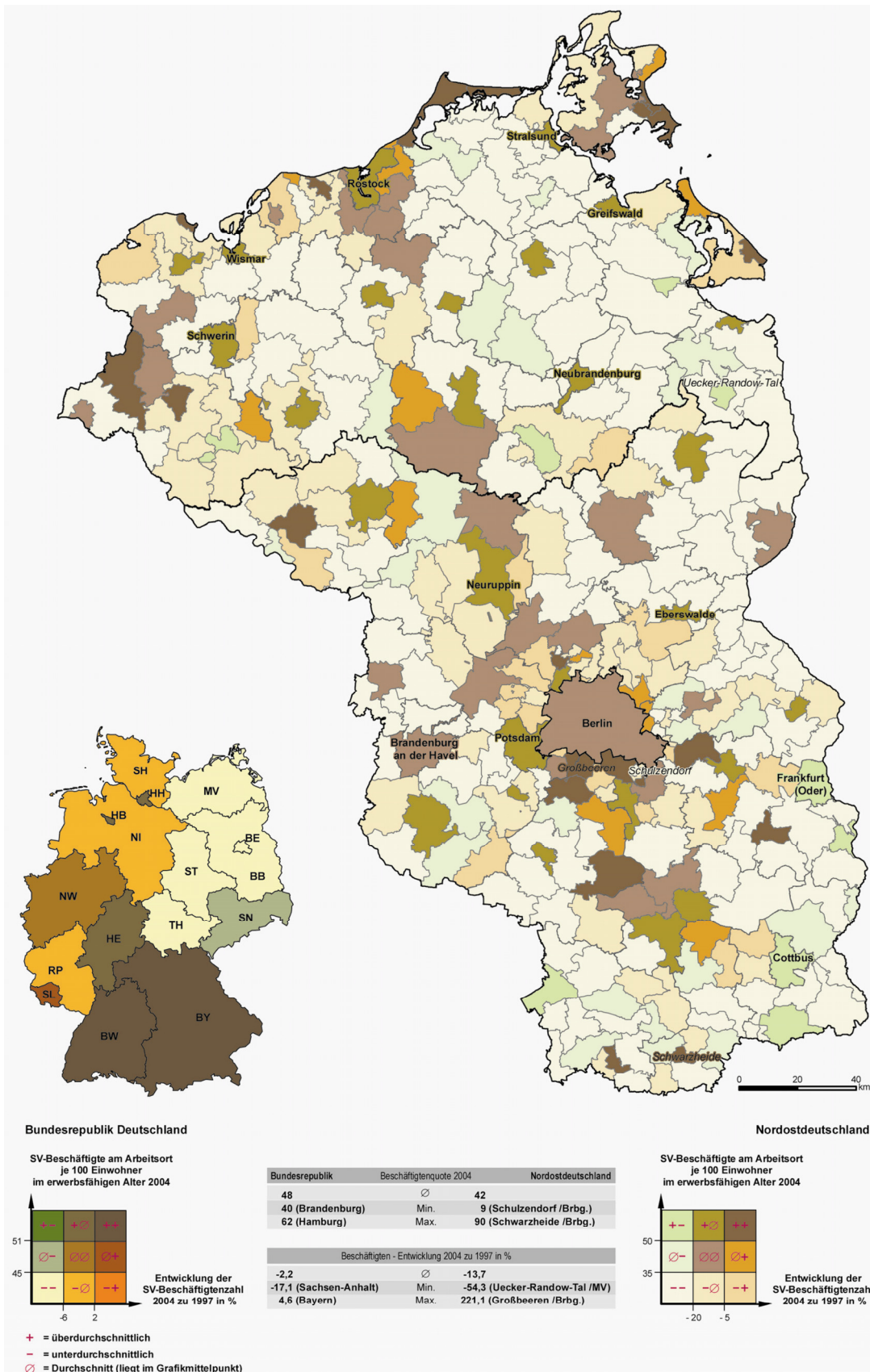
Abb. 5: Entwicklung der SV-Beschäftigtenzahl (1995 = 100)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2007

Bei Handel, Gastgewerbe und Verkehr, deren Beschäftigungszahlen seit 1999 in Nordostdeutschland um 10 % zurückgingen (Mecklenburg-Vorpommern: -14 %, Brandenburg: -12 %) wiesen nur sechs Kreise eine positive Entwicklung auf, darunter auch die stark touristisch geprägten Kreise Rügen, Müritz und Bad Doberan. Der Rückgang kann sowohl für den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung festgestellt werden, ist zu großen Teilen aber auch das Resultat des Arbeitsplatz- und Beschäftigtenabbaus im Einzelhandel, ausgelöst durch die seit Jahren deutschlandweit zu beobachtende Verschiebung der Einzelhandelsstruktur zugunsten großflächiger Einrichtungen und Discounter. Das jedoch stark von äußeren Einflüssen abhängige Gastgewerbe zeigt bei der Beschäftigung ähnlich der BIP-Entwicklung und den Übernachtungen und Gästeankünften im Trend eine stetige Zunahme.

Abb. 6: Beschäftigtenquote 2004 und Entwicklung der Beschäftigtenzahl gegenüber 1997



Quelle: LBV Brandenburg, Dez. Raumbearbeitung 10/2006

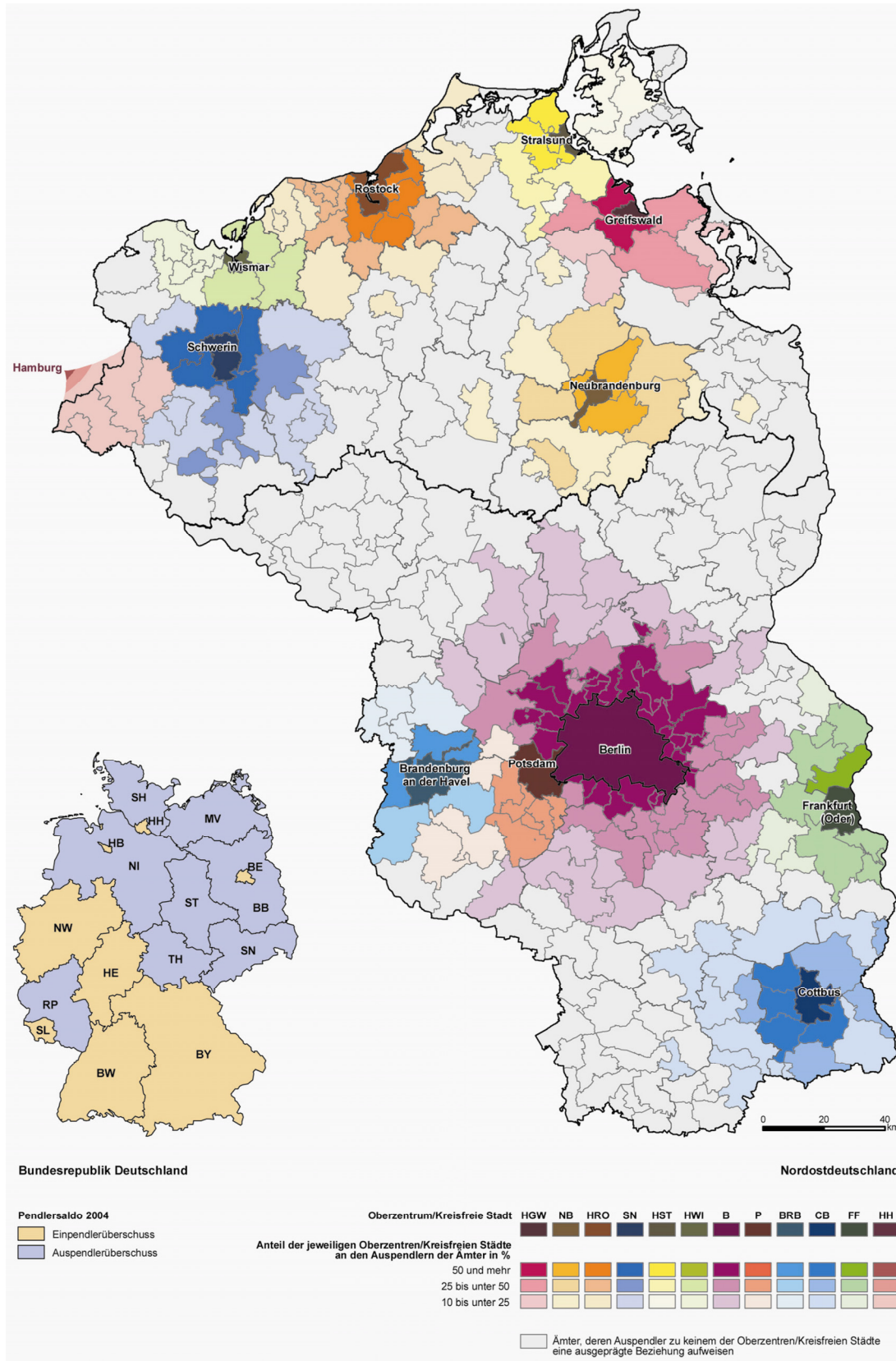
## 2.2 Pendlerwanderung

Trotz der bis 2005 abnehmenden SV-Beschäftigung steigt die Mobilität der Beschäftigten auch in Nordostdeutschland weiter an. Dies hat verschiedene Gründe. Zum einen fördern der Arbeitsplatzabbau sowie großräumige Arbeitsmarktdisparitäten zwischen alten und neuen Ländern die Mobilität der Arbeitnehmer, die bei der Arbeitssuche immer größere Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsort in Kauf nehmen. Zum anderen entstehen im arbeits- und funktionsteilig organisierten Raum neue Arbeitsplätze aus unterschiedlichen Gründen nicht in jedem Falle an den Konzentrationspunkten des Wohnens. Weiterhin ist gerade hier in Nordostdeutschland die Stadt-Umland-Wanderung als Ausdruck der Wohnsuburbanisierung maßgeblich für die Zunahme des Auseinanderfallens von Wohn- und Arbeitsort verantwortlich, da bei Fortzug in das Umland der Arbeitsplatz in der Stadt beibehalten wird. Die Zahl derjenigen, die zwischen Wohn- und Arbeitsort pendeln, steigt stetig an. Dies wird auch am Anstieg der Einpendlerquoten sichtbar. So nahm der Anteil der Einpendler an den SV-Beschäftigten am Arbeitsort Berlin beispielsweise von 10,8% im Jahre 1995 auf 18,8% im Jahre 2004 zu, erreichte damit jedoch bei Weitem nicht die Dimensionen anderer deutscher Großstädte wie Stuttgart oder Frankfurt am Main mit über 50%. Dementsprechend wuchsen auch die Auspendlerquoten im Land Brandenburg an, d. h. der Anteil derjenigen, die nicht am Wohnort arbeiten, von 14,7% im Jahre 1995 auf 25,4% im Jahre 2004 (vgl. BA 2007b; IAB 2005).

Die Hauptziele der Tagespendler sind die Oberzentren und kreisfreien Städte, die als regionale Arbeitsmarkt- und Einpendlerzentren den weitaus größten Teil der Auspendler aus den Gemeinden des jeweiligen Umlandes bzw. der umgebenden Landkreise auf sich vereinen. Auch hier ist die Besonderheit zu verzeichnen, dass die Einpendlerquoten der Oberzentren in Nordostdeutschland wie in allen neuen Ländern nicht die Werte der Oberzentren der alten Länder erreichen. Dies ist z. T. eine Nachwirkung der Wohnungsbaupolitik der DDR, die die Industrie- und Verwaltungszentren zu Schwerpunkten des komplexen Wohnungsbaus machte. Zum anderen zeigt es, dass der Suburbanisierungsprozess, zwar vermindert und rückläufig, aber immer noch anhält. Dementsprechend bewegen sich die Einpendlerquoten der nordostdeutschen Oberzentren einschließlich der kreisfreien Stadt Wismar (ohne Berlin) zwischen 38% in Brandenburg an der Havel und Rostock sowie 58% in Potsdam (Schwerin: 53%). Dagegen haben viele kleinere Städte und Gemeinden, in denen wie in Stavenhagen (Landkreis Demmin) oder Mitlenwalde (Landkreis Dahme-Spreewald) in den 1990er Jahren z. B. große Logistikstandorte entstanden, weitaus höhere Einpendlerquoten. Dies trifft noch stärker für zahlreiche Umland- und in Autobahnnähe gelegene Gemeinden und Ämter zu, die heute nicht nur von der Wohn-, sondern auch von der Gewerbesuburbanisierung profitieren. Durch zahlreiche Dienstleistungsstandorte und solche des verarbeitenden Gewerbes auf ihren sehr gut ausgelasteten Gewerbegebieten weisen u. a. Carbak, Schönefeld, Warnow-West, Großbeeren oder Grünheide die höchsten Einpendlerquoten Nordostdeutschlands von jeweils über 90% auf.

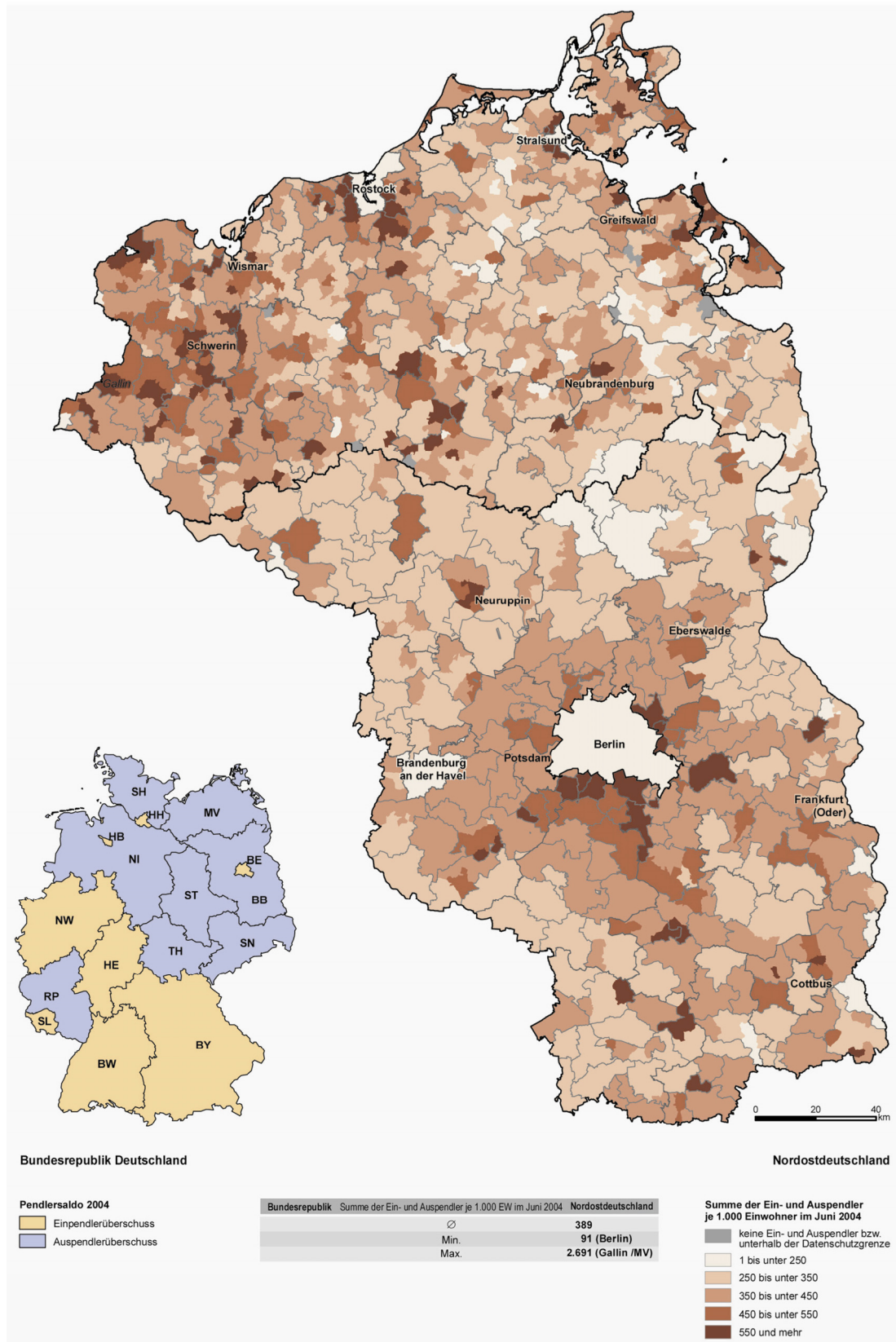


Abb. 7: Pendlerverflechtungen zu Oberzentren und kreisfreien Städten 2004



Quelle: LBV Brandenburg, Dez. Raubeobachtung 02/2007

Abb. 8: Pendlerintensität 2004



Quelle: LBV Brandenburg, Dez. Raumb Beobachtung 12/2006

Demgegenüber finden sich in Nordostdeutschland die Oberzentren und kreisfreien Städte trotz z. T. hoher Auspendlerzahlen in der Gruppe der Ämter und Gemeinden mit den niedrigsten Auspendlerquoten wieder. Die höchsten Quoten von über 90% weisen verständlicherweise wiederum Umlandgemeinden auf, darunter sind neben Eichwalde, Schulzendorf, Glienicke/Nordbahn oder Panketal im engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin erneut die Ämter Carbäk und Warnow-West aus dem Rostocker Umland zu finden. Die Pendlerverflechtungen zwischen den Oberzentren und kreisfreien Städten Nordostdeutschlands (einschließlich Berlin und informell auch Hamburg und Lübeck) wurden mithilfe eines Gravitationsmodells anhand ihrer Anteile an den Gesamtauspendlern der Gemeinden und Ämter ermittelt. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Zentren in der Regel mehr als zwei Drittel aller Auspendler aus den Gemeinden des jeweiligen Umlandraumes auf sich vereinen. Kleinere nahe gelegene Arbeitsmarktzentren sowie die Überlagerung der Pendlereinzugsgebiete zwischen Berlin und Potsdam fanden dabei keine Berücksichtigung.

Dementsprechend sind es die Stadt-Umland-Räume der Oberzentren und kreisfreien Städte, die in Nordostdeutschland die höchste Beschäftigungsmobilität, zusammenfassend ausgedrückt durch den Indikator Pendlerintensität (= Summe der Aus- und Einpendler je 1.000 Einwohner) aufweisen. Großräumig heben sich hierbei noch der engere Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin mit seinen darüber hinausreichenden Achsen nach Brandenburg an der Havel, Frankfurt (Oder), Cottbus und Eberswalde sowie der größte Teil der Region Westmecklenburg und Teile der Entwicklungsachse Rostock-Berlin hervor. Die Pendlerverflechtungen der Metropole Berlin, der Oberzentren sowie kreisfreien Städte Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs tragen so durch ihre Ausgleichswirkung wesentlich zum Abbau der Arbeitsmarktdisparitäten in Nordostdeutschland bei. Diese Ausgleichswirkung haben für Nordostdeutschland aber auch die Arbeitsmärkte benachbarter Länder wie Schleswig-Holstein und Hamburg, wo immerhin mit rund 35.000 Personen etwas mehr als 6% der Beschäftigten mit Wohnort in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten. Für Brandenburg ist neben dem eigenen Land die Bundeshauptstadt Berlin der größte Arbeitsmarkt. Hier arbeiten mit nahezu 150.000 Personen etwa 18% der im Land wohnenden Beschäftigten. Mit Sachsen besteht bei jeweils rund 13.000 Aus- wie Einpendlern ein ausgeglichener Pendlersaldo.

### 2.3 Arbeitslosigkeit

Die mit der Einführung des SGB II durch Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe veränderten Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik erschweren zeitweilig differenzierte Auswertungen zu Bestand und Bewegung der Arbeitslosigkeit. Die Definition der Arbeitslosigkeit hat sich gegenüber dem SGB III nicht geändert, wonach arbeitslos ist, wer in keinem Beschäftigungsverhältnis steht oder weniger als 15 Stunden pro Woche arbeitet, eine versicherungspflichtige Arbeit sucht, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und bei einer Agentur für Arbeit oder einem Träger der Grundsicherung arbeitslos gemeldet ist (vgl. BA 2006). Doch die Neuzulassung kommunaler Träger führte auch zu Verzögerungen bei der statistischen Erfassung der Arbeitslosendaten. Durch Schätzungen und ein spezielles Fortschreibungsmodell ist die BA dennoch in der Lage, vergleichbare Strukturdaten des Arbeitsmarktes flächendeckend für die Bundesrepublik bereitzustellen. Bis auf die Arbeitslosenquote stehen somit, zwar eingeschränkt und 2005 mit Lücken behaftet, die unterschiedlichen Strukturdaten auch weiter auf Gemeindeebene zur Verfügung (vgl. BA 2007b).

Da bei der vorliegenden Strukturanalyse Nordostdeutschlands auch kleinräumige Disparitäten und Strukturdefizite des Arbeitsmarktes sichtbar gemacht werden sollen, wurde ein der Arbeitslosenquote entsprechender Indikator, die Arbeitslosenrate auf Äm-

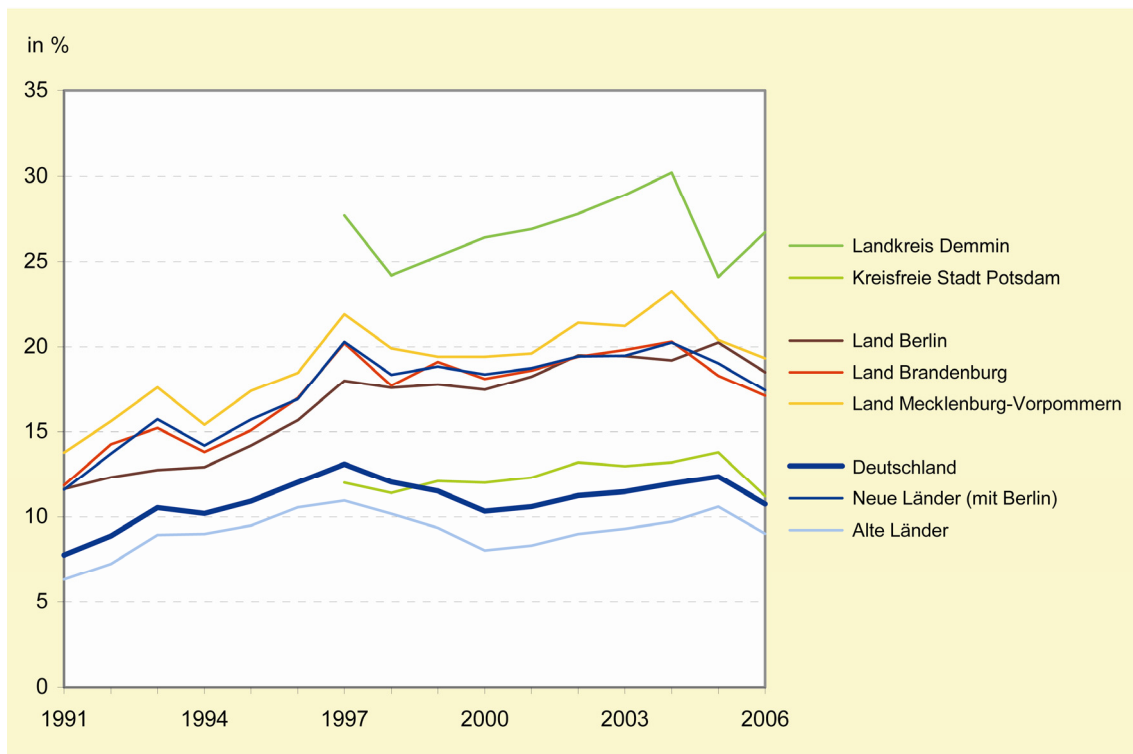
terbasis ermittelt. Während bei der Arbeitslosenquote die Zahl der Arbeitslosen in Bezug zu den Erwerbspersonen gesetzt wird, ist der Bezug bei der Arbeitslosenrate die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre). Beide Daten, die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, liegen auf Gemeindebasis seit Anfang der 1990er Jahre vor und können somit für alle Räume, die ein Aggregat von Gemeinden darstellen, wie Ämter, Kreise, Länder etc., ermittelt werden.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Nordostdeutschland ist von mehreren Einflussfaktoren abhängig. Zum einen war es die mit der marktwirtschaftlichen Strukturanpassung einhergehende Deindustrialisierung, die im gesamten Osten Deutschlands zur Schließung von zahlreichen nicht mehr wettbewerbsfähigen Industriestandorten bzw. bei Erhalt zum Arbeitsplatzabbau in erheblichem Umfang führte. Dies geschah in ähnlich umfangreicher Dimension aufgrund des Subventionswegfalls auch Anfang der 1990er Jahre in Westberlin. In beiden nordostdeutschen Flächenländern reduzierte sich weiterhin durch Freisetzung von fast vier Fünfteln der Landwirtschaftsbeschäftigten deren Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl von etwa 15% auf unter 5%.

In Nordostdeutschland, wo zu DDR-Zeiten zahlreiche größere Industriestandorte (Petrochemie, Stahlindustrie, Schiffbau, Maschinenbau, Braunkohleveredlung u. a.) entstanden, entwickelten sich so unmittelbar nach der Vereinigung in einem äußerst kurzen Zeitraum umfangreiche Arbeitsmarktdefizite, die auch durch Schaffung neuer Arbeitsplätze, vor allem im Dienstleistungsbereich, nicht kompensiert werden konnten. So ist es nicht verwunderlich, dass Nordostdeutschland bereits im Dezember 1991 im Bundesländervergleich die höchsten Arbeitslosenquoten aufwies. Während die Quote (auf Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen) zu dieser Zeit deutschlandweit 7,8% betrug, lag das Maximum mit 13,8% in Mecklenburg-Vorpommern. Berlin mit 11,6% und Brandenburg mit 11,8% wurden nur noch von Sachsen-Anhalt (11,9%) übertroffen. Die Arbeitslosenquoten der ostdeutschen Länder lagen dabei teilweise mehr als doppelt so hoch wie die westdeutscher Länder. Diese hohe Arbeitslosigkeit und die für ganz Ostdeutschland zutreffende schlechte Ausgangsbasis zogen sich in der Entwicklung bis in die jüngste Vergangenheit hindurch. So sind 2006 beim Arbeitsmarktranking fast die gleichen Relationen anzutreffen wie schon 1991. Mecklenburg-Vorpommern weist mit 19,3% die höchste Arbeitslosenquote auf, gefolgt von Berlin mit 18,5%. Die Brandenburger Quote liegt auch aufgrund der hohen Ausgleichswirkung des Berliner Arbeitsmarktes für das Land mit 17,1% spürbar darunter.

Während die Arbeitslosigkeit mit Ausnahme des Zeitraumes 1998 bis 2000 (Aufstockung der Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen durch die Bundesregierung) deutschlandweit stetig zunahm, geht sie seit 2005 geringfügig, aber mit anhaltendem Trend zurück. Dabei nahmen die Arbeitslosenquoten im Dezember 2006 gegenüber 2004 in den neuen Ländern dreimal so stark ab wie im bundesdeutschen Durchschnitt (-0,8 Prozentpunkte). So verringerte sich die Quote in Mecklenburg-Vorpommern von 23,3% um fast 4 Prozentpunkte, die von Brandenburg um 3,2 Prozentpunkte, die von Berlin jedoch nur um 0,7 Prozentpunkte.

Abb. 9: Entwicklung der Dezemberarbeitslosenquoten



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg 2007

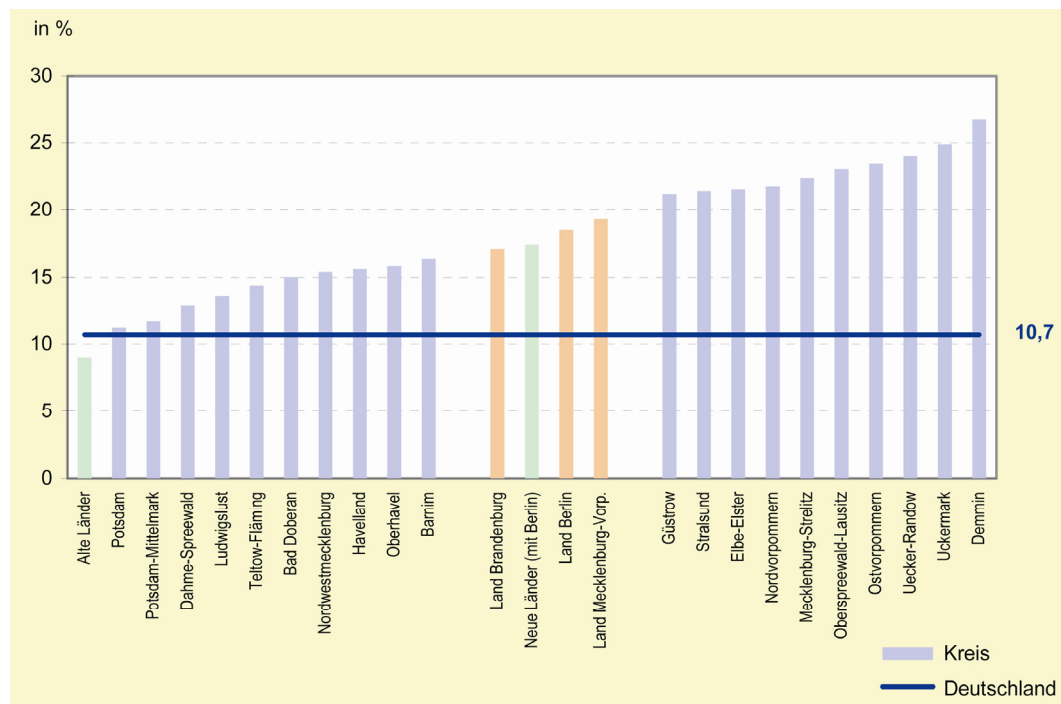
Dabei zeigt ein Vergleich der Arbeitslosenquoten der kreisfreien Städte und Landkreise im Dezember 2006, dass noch nicht von einem Beginn eines Angleichungsprozesses zwischen Ost und West gesprochen werden kann. Die Arbeitslosenquoten Nordostdeutschlands befinden sich auf der Skala der 439 Kreise der Bundesrepublik Deutschland, die von 2,8% (Landkreis Eichstätt, Bayern) bis 26,7% (Landkreis Demmin, Mecklenburg-Vorpommern) reicht, bis auf Potsdam (Platz 255) und Potsdam-Mittelmark (Platz 270) alle im letzten Drittel. Die beste Platzierung eines ostdeutschen Kreises erreicht mit der Platzziffer 237, aber auch nur durch eine sehr hohe Auspendlerzahl in die benachbarten industriellen Zentren Oberfrankens, der thüringische Landkreis Sonneberg. Unter den 100 Kreisen der Bundesrepublik Deutschland mit den höchsten -Arbeitslosenquoten befinden sich nur 12 kreisfreie Städte und mit Lüchow-Dannenberg nur ein einziger Landkreis aus den alten Bundesländern. Die Arbeitsmarktstatistik weist unter den zehn Kreisen mit der höchsten Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland allein fünf Kreise aus Nordostdeutschland aus:

- 432. Oberspreewald-Lausitz (23,1%)
- 434. Ostvorpommern (23,5%)
- 436. Uecker-Randow (24,0%)
- 438. Uckermark (24,9%)
- 439. Demmin (26,7%)

Ein Vergleich zahlreicher anderer Strukturdaten des Arbeitsmarktes, wie z.B. der Frauen- oder Jugendarbeitslosenquoten zeigen für die Kreise der Bundesrepublik Deutschland ein ähnliches Bild. Bei den Anteilen der Langzeitarbeitslosen, der arbeitslosen Jugendlichen (unter 25 Jahren) und älteren Arbeitslosen (über 55 Jahre) an der

Gesamtzahl der Arbeitslosen sind die Unterschiede zwischen Ost und West nicht so gravierend. So haben die älteren Arbeitslosen deutschlandweit einen Anteil von 13,0%, in Brandenburg 13,1% und in Mecklenburg-Vorpommern von 11,8%. Da bei der Einschätzung der Arbeitslosigkeit nicht nur die Struktur- sondern vielmehr auch die Niveauunterschiede beim Ost-West-Vergleich eine wesentliche Rolle spielen, bedeuten niedrige Anteile noch lange nicht, dass das Problem z. B. der Langzeit- oder Jugendarbeitslosigkeit damit von geringer Bedeutung ist. Bezogen auf die abhängig zivilen Erwerbspersonen kann die entsprechende Langzeit- bzw. Jugendarbeitslosenquote trotz geringer Anteile um ein Mehrfaches höher sein.

Abb. 10: Arbeitslosenquoten im Dezember 2006

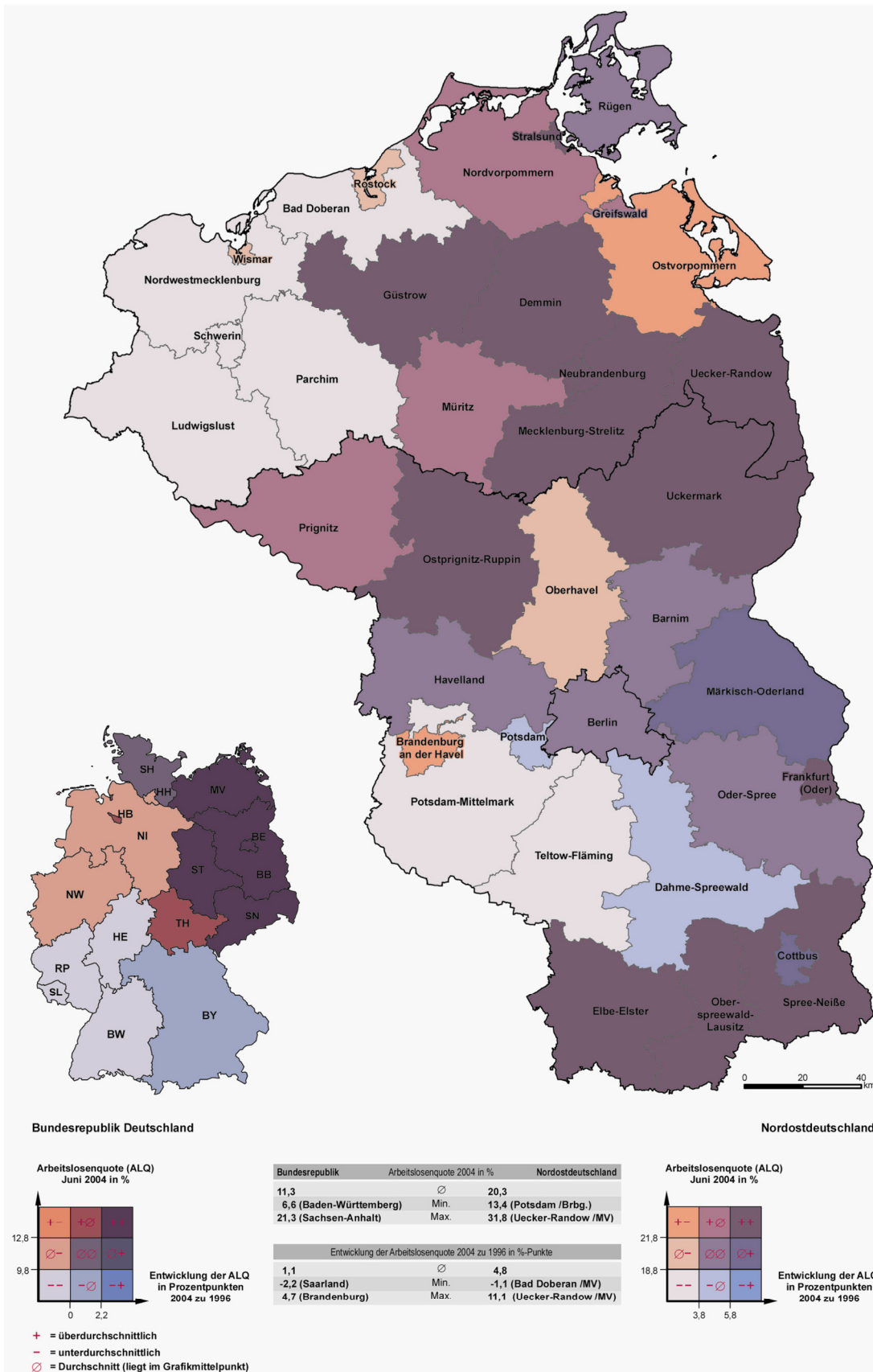


Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2007

Innerhalb Nordostdeutschlands existieren wie in allen neuen Ländern starke Arbeitsmarktdisparitäten. So liegen ausschließlich die Umlandkreise Berlins mit ihren Arbeitslosenquoten unterhalb des Brandenburger Landesdurchschnitts. Hierbei sind es vor allem die Bereiche Königs Wusterhausen, Nauen, Zossen, Bernau und Strausberg, die mit ausgeprägt starken Pendlerströmen aus den unmittelbaren Randgemeinden und Achsenräumen nach Berlin, auch die niedrigsten Arbeitslosenquoten aufweisen.

Für Nordostdeutschland ähnlich „niedrige“ Quoten erreichen in Mecklenburg-Vorpommern nur die Kreise Ludwigslust, Bad Doberan und Nordwestmecklenburg. Hier sind es die Geschäftsstellenbereiche Hagenow, Grevesmühlen, Gadebusch, Ludwigslust und Bad Doberan, die mit ihren verkehrsgünstig nach Hamburg, Lübeck, Schwerin oder Rostock gelegenen Gemeinden und deren hohen Auspendleranteilen dorthin eine vergleichsweise geringe Arbeitslosigkeit aufweisen. Auch entstanden in diesen Bereichen, ähnlich wie im Berliner Umland, in den letzten Jahren auf neuen Gewerbegebieten zahlreiche Arbeitsplätze insbesondere im Dienstleistungsbereich, der Logistik, des Groß- und Einzelhandels, aber auch im verarbeitenden Gewerbe. Dennoch erreicht dabei kein Geschäftsstellenbereich, auch nicht im Berliner Umland, Arbeitslosenquoten unterhalb des gesamtdeutschen Durchschnitts.

Abb. 11: Arbeitslosenquote 2004 und Entwicklung gegenüber 1996



Quelle: LBV Brandenburg, Dez. Raumbearbeitung 10/2006

Die kreisfreien Städte und Oberzentren Nordostdeutschlands binden wie auch die Bundeshauptstadt mit ihrer jeweiligen Wirtschaftskraft und Arbeitsplatzkonzentration einen Großteil der SV-Beschäftigten aus dem Umland. Trotz ihrer vergleichsweise umfangreichen Ausstattung mit Industrie-, Dienstleistungs- und Verwaltungsstandorten liegen die Arbeitslosenquoten (bis auf Potsdam) von Rostock, Berlin, Schwerin, Frankfurt (Oder), Wismar und der anderen Städte selbst nicht einmal unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 17,4%.

Die höchsten Arbeitslosenquoten mit mehr als 20% weisen in Nordostdeutschland neben den fünf o. g. weitere Landkreise wie Mecklenburg-Strelitz (22,4%), Nordvorpommern (21,8%), Elbe-Elster (21,6%), Güstrow (21,2%), Prignitz (21,0%), Rügen (20,9%), Ostprignitz-Ruppin (20,6%) und Müritz (20,2%) auf. Darunter befinden sich mit Ost- und Nordvorpommern, Rügen, Müritz und Ostprignitz-Ruppin zahlreiche der Kreise der beiden Flächenländer mit den landschaftlich attraktivsten Reisegebieten, der umfangreichsten touristischen Infrastruktur und den höchsten touristischen Besucherzahlen. Dies trifft auch für die meisten der innerhalb dieser Kreise gelegenen Geschäftsstellenbereiche und damit auch den Großteil der touristischen Kerngebiete zu, wie Wolgast (Usedom), Bergen (Rügen), Ribnitz-Damgarten (Darß) oder Waren und Röbel (Müritz). Hieran wird deutlich, dass der Tourismus als einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Nordostdeutschlands in seiner heutigen, stark saisonabhängigen Ausprägung kaum oder nur ungenügend Einfluss auf die regionalen Arbeitsmärkte hat und nicht in dem Maße, wie oft vermutet, zu einer deutlichen Senkung der Arbeitslosenzahl führt.

Auch die kleinräumige Analyse der Arbeitslosenrate auf Basis der Ämter/amtsfreien Gemeinden erhärtet die Verteilungsmuster der Arbeitsmarktdefizite für Nordostdeutschland. Von den 323 Ämtern und amtsfreien Gemeinden weisen nur 40 (12%) Arbeitslosenraten unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 8,7% auf. Bis auf Boltenhagen ist ihnen gemeinsam, dass sie sich alle im unmittelbaren Umland von Berlin/Potsdam (33), Schwerin (5) oder Rostock (1) befinden, wobei die 15 Ämter mit den geringsten Arbeitslosenraten von unter 7% ausnahmslos zum engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin gehören. Dazu zählen u. a. Kleinmachnow mit einer Arbeitslosenrate von 4,0%, Stahnsdorf mit 6,0%, Glienicke/Nordbahn mit 6,1% und Eichwalde mit 6,7%.

Unterdurchschnittliche Arbeitslosenraten von weniger als 13,7% weisen in Nordostdeutschland mit 150 immerhin noch 47% aller Ämter/amtsfreien Gemeinden auf. In diese Gruppe fallen Berlin sowie mit 101 die Hälfte aller Ämter und amtsfreien Gemeinden Brandenburgs (darunter die Landeshauptstadt Potsdam und Cottbus) und mit 48 zwei Fünftel aller Ämter Mecklenburg-Vorpommerns (darunter die Landeshauptstadt Schwerin und die kreisfreie Stadt Wismar). Hier finden sich auch die meisten der an der Ostseeküste gelegenen Ämter und amtsfreien Gemeinden mit ausgeprägter Tourismusfunktion wieder, wie Heringsdorf, Binz, Darß, Kühlungsborn oder Insel Poel.

Weitere dieser ‚Tourismusämter‘ weisen aber auch höhere, über dem nordostdeutschen Durchschnitt gelegene Arbeitslosenraten auf. Dazu gehören Müritz, Usedom Nord, Nord- und West-Rügen, Feldberger Seenlandschaft oder Lindow (Mark). Weiterhin entfallen die Oberzentren Rostock, Frankfurt (Oder), Greifswald, Brandenburg an der Havel, Stralsund und Neubrandenburg mit ihren über dem nordostdeutschen Durchschnitt gelegenen Arbeitslosenraten auf diese Gruppe. Zu den Ämtern/amtsfreien Gemeinden mit der höchsten Arbeitslosigkeit zählen in Nordostdeutschland u. a. Anklam Land und Stadt, Jarmen-Tutow, Gnoin, Strasburg, Friedberg, Demmin in Mecklenburg-



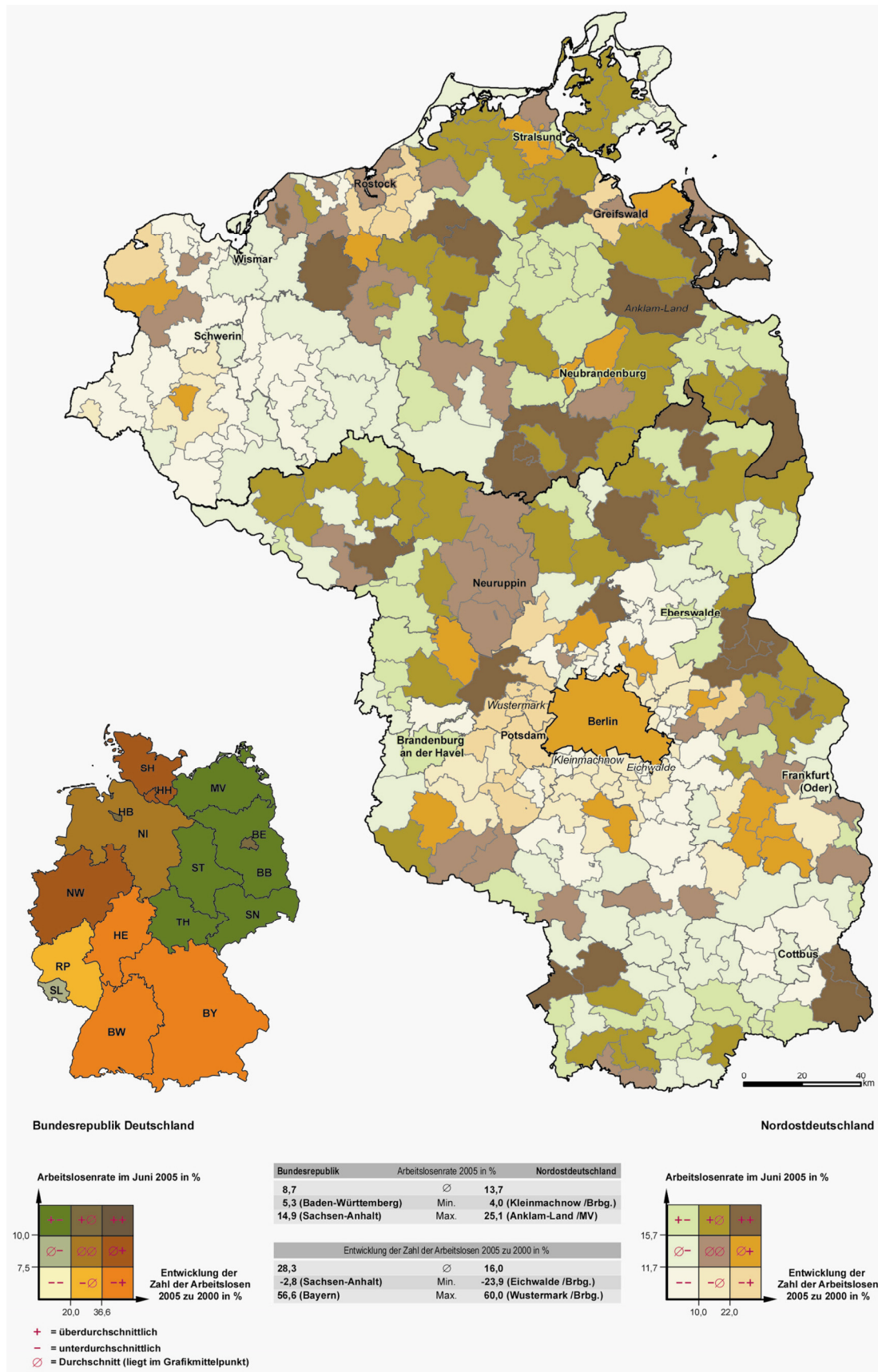
Vorpommern sowie Brüssow, Uckerland, Letschin, Seelow und Senftenberg in Brandenburg.

Die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen korrespondiert nicht in jedem Falle mit den Verteilungsmustern von Arbeitslosenquote und -rate. Dies kann mit lokalen Arbeitsmarktentwicklungen in den Ämtern zusammenhängen, ist jedoch vorrangig durch das unterschiedliche Ausgangsniveau begründet. So weisen einige der Ämter mit den niedrigsten Arbeitslosenraten die höchsten Zuwächse an Arbeitslosen seit dem Jahr 2000 auf, wie die Ämter Eichwalde, Zeuthen (beide im Berliner Umland) oder Warnow-West (Rostocker Umland) und Boltenhagen (Ostseeküste). Umgekehrt nahm die Arbeitslosenzahl in vielen Ämtern mit den höchsten Arbeitslosenraten am geringsten zu, wie z. B. in Demmin oder Strasburg um nur rund 2%. In Jarmen-Tutow ging die Zahl sogar um mehr als 3% zurück. Deutschlandweit betrug die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen 28%. In Nordostdeutschland stieg sie vergleichsweise „gering“ um 16% an (Brandenburg: 10%, Mecklenburg-Vorpommern: 15%, Berlin: 25%).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die geringste Arbeitslosigkeit Nordostdeutschlands in den Umlandgemeinden von Berlin/Potsdam, Schwerin, Rostock und Cottbus sowie in Gemeinden mit guter verkehrlicher Anbindung an Hamburg und Lübeck vorherrscht. Hinzu kommen einige wenige Ostseeküstenanrainergemeinden. Auf kleinräumiger Ebene zeigt sich, dass die Arbeitslosigkeit innerhalb der heutzutage stark funktionsteilig geprägten Räume nicht nur von der Ausstattung in den Gemeinden, sondern vielmehr auch von ihren Funktionen und ihrer verkehrlichen Lage abhängig ist.

Der Tourismus könnte zukünftig die Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg nur dann wesentlich günstiger beeinflussen, wenn es gelingt, die starke Saisonabhängigkeit von Mai bis Oktober zu überwinden. Dazu sind in beiden Ländern neben dem Ausbau und der qualitativen Verbesserung der verkehrlichen und touristischen Infrastruktur weitere Ansätze in Richtung auf einen verstärkten Wellness- und Gesundheits- sowie Event-Tourismus sichtbar. Auch führt die gemeinsame Zusammenarbeit z. B. auf den Gebieten des Wasser- und Naturtourismus in der Mecklenburger/Nordbrandenburger Seenplatte zur besseren Wahrnehmung der touristischen Attraktivität dieser Landschaft nach außen, steigert so die Zahl der Erholungs- und Naherholungssuchenden und ist damit in der Lage, auch neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.

Abb. 12: Arbeitslosenrate 2005 und Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen gegenüber 2000



Quelle: LBV Brandenburg, Dez. Raumbbeobachtung 12/2006

### 3 Versuch einer Strukturraumtypisierung

Räumliche Typisierungen werden mit verschiedenen Intentionen und unterschiedlichen Gebietskategorien vorgenommen. Zu den bekanntesten raumordnerischen Gebietstypisierungen gehören die siedlungsstrukturellen Regions- und Kreistypen des BBR. Hierbei handelt es sich um Kategorien, die aufgrund ihrer Dichte, Zentralität und Lage gebildet wurden und Agglomerations-, verstädterte und ländliche Räume umfassen (vgl. BBR 2001). Diese analytische Typisierung bildet ein siedlungsstrukturelles Grundgerüst, anhand dessen thematische Vergleiche zwischen und teilweise auch innerhalb von Regionen möglich werden. Struktur- oder Problemräume werden nicht abgebildet. Die Raumkategorien der Raumordnungsberichte 2000 und 2005 enthielten auch die Entwicklungsproblematik. Eine Bewertung erfolgte hierbei in Bezug auf Bevölkerungskonzentrationen, Arbeitstättenschwerpunkte und Infrastruktureinrichtungen (strukturschwache ländliche Räume mit sehr starken oder starken Entwicklungsproblemen, ländliche Räume, Verdichtungsräume). Für den Maßstab der Bundesrepublik ergeben sich hierbei angemessene Großräume, die für den nordostdeutschen Raum jedoch zu grob gehalten sind und nur einige thematische Facetten aufgreifen. Diese Strukturraumtypisierung erscheint deshalb für die raumordnungspolitischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse innerhalb der Bundesländer weniger geeignet.

Mehrere aktuelle räumliche Typisierungen konzentrieren sich auf nur einen Struktur- bzw. Problembereich, wie z.B. den demografischen Wandel oder den Arbeitsmarkt. Hierunter fällt die Analyse „Regionale Polarisierung der demografischen Entwicklung in Ostdeutschland – Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse?“, die sich mit den Entwicklungen der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen in Ostdeutschland befasst und zwischen Wachstumsräumen, stark schrumpfenden Räumen und Übergangsräumen unterscheidet (vgl. Herfert 2007).

Ein weiteres Beispiel für eine Strukturraumtypisierung auf Basis von Strukturmerkmalen des Arbeitsmarktes stellen die „Vergleichstypen SGB II 2006“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit dar. Die dabei ausgewiesenen zwölf Raumtypen sind für einen Laien jedoch schwer nachzuvollziehen (vgl. IAB 2007).

Die Verschneidung der mit den vorangegangenen thematischen Struktur- und Dynamikanalysen erstellten Verteilungsmuster der verschiedenen Indikatoren bildete die Grundlage für den Versuch einer Strukturraumtypisierung Nordostdeutschlands. Dabei fanden wie bei den thematischen Einzelanalysen strukturbestimmende Faktoren aus den Bereichen Natur/Landschaft/Kulturlandschaft, die durchaus herausragende lokale oder regionale Stärken des nordostdeutschen Raumes darstellen, zunächst einmal keine adäquate Berücksichtigung. Auch das Auftreten verschiedener sozioökonomischer Stärken in Form von einzelnen hochqualifizierten und -leistungsfähigen Landwirtschaftsbetrieben, Institutionen von Forschung und Entwicklung, hochmoderner Anlagen regenerativer Energieerzeugung oder Biomasseproduktion, die sich nicht immer in allgemeinen Strukturdaten widerspiegeln, konnte ebenfalls keine Berücksichtigung finden.

Die unterschiedlichen Strukturraumtypen erheben daher nicht den Anspruch auf vollständige Darstellung aller sie charakterisierenden Strukturen, sondern widerspiegeln am Beispiel ausgewählter Indikatoren aus drei thematischen Bereichen mehr oder weniger komplex das unterschiedliche Niveau der allgemeinen Entwicklungsbedingungen und -dynamiken. Die Strukturraumtypisierung bietet somit Anhaltspunkte, wo es überdurchschnittliche Stärken zu stabilisieren gilt und in welchen Räumen unterstützende, aktivierende Maßnahmen ergriffen werden müssen, die dazu befähigen, vorhandene Möglichkeiten besser zu nutzen. Dementsprechend sind endogene Potenziale in unterschiedli-

cher Quantität und Ausprägung im gesamten Raum Nordostdeutschlands vorhanden, wobei diese in peripheren Räumen in der Regel schwierigere allgemeine Strukturbedingungen für ihre Entfaltung vorfinden. Ziel war es dabei, Strukturraumtypen abzubilden, die statistisch gemessen am Niveau Nordostdeutschlands als überdurchschnittlich, durchschnittlich bzw. unterdurchschnittlich einzustufen sind.

Räume vom Strukturraumtyp A (Räume mit überdurchschnittlichen Stärken und Chancen) sind dabei solche, die genügend endogenes Potenzial und damit Stärken sowie überdurchschnittliche Wachstumsbedingungen besitzen, um aus sich heraus eine stabile Entwicklung zu garantieren bzw. zu forcieren oder auch für benachbarte Räume zu initiieren. Diese Wachstumsräume mit den größten Zukunftschancen wirken mit ihrer ebenfalls überdurchschnittlichen Ausstattung von Wirtschaftskraft und Infrastruktur auch als Impulsgeber für den Gesamttraum Nordostdeutschlands, z.T. sogar auch darüber hinaus.

Zum Strukturraumtyp B (Räume mit eher durchschnittlichen Stärken oder/und Chancen) gehören zahlreiche Oberzentren und regionale Wachstumskerne mit ihren Potenzialen, die eine wichtige räumliche Ankerfunktion in Nordostdeutschland ausüben und von denen ebenfalls Raumentwicklungsimpulse in der Regel für ein entsprechendes Umland ausgehen. Es gehören dazu aber in geringerem Maße auch Räume mit teilstrukturellen Schwächen, sodass in der Gesamtschau die Bedingungen für Wachstum und Entwicklung eher durchschnittliche Werte aufweisen.

Der vornehmlich ländlich geprägte und peripher zu den wichtigsten Zentren gelegene Strukturraumtyp C (Räume mit eher Schwächen und Risiken) weist größere Struktur-, vor allem Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsdefizite auf, die mit deutlichen Schrumpfungserscheinungen der Bevölkerung einhergehen. Auch am nordostdeutschen Durchschnitt gemessen, sind hier die Bedingungen für Stabilität und Wachstum als eher unterdurchschnittlich einzustufen.

Die methodische Vorgehensweise zur Ermittlung der drei Strukturraumtypen erfolgte in zwei Schritten:

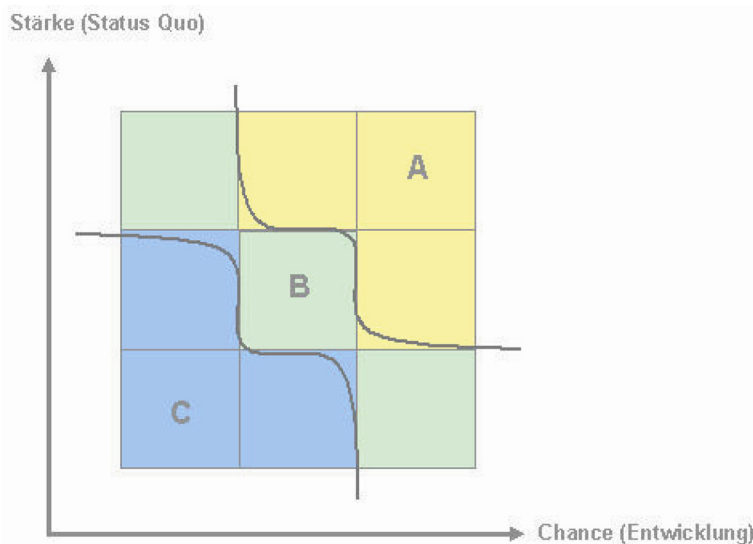
1. Bildung mathematisch-statistischer Indizes unter Nutzung der Klassifizierungen auf Ämterebene und deren Zusammenführung zu Gruppen.
2. Kartografische Arrondierung der abgebildeten Räume.

Die Strukturraumtypen für Nordostdeutschland erheben den Anspruch, auf einer räumlichen Ebene unterhalb der sonst üblicherweise bei Raumtypisierungen verwandten Kreise oder Regionen verschiedene Themenkomplexe zu vereinen. Sie spiegeln die Verteilungsmuster ihrer Strukturen wider und stellen somit ein räumliches Abbild ihrer gegenwärtigen Stärken bzw. Potenziale sowie ihrer bisherige Entwicklungen bzw. Dynamiken dar, woraus auch mögliche Zukunftschancen abgeleitet werden können.

Im ersten Analyseschritt wurden dazu die thematischen Klassifizierungen der Indikatoren (mit je neun Klassen) der Ämter Nordostdeutschlands, die in den vorangegangenen Kapiteln kartografisch dargestellt wurden, zu drei Gruppen zusammengefasst, die den Zielvorstellungen der Typenbildung entsprechen. Liegen überdurchschnittliche Werte sowohl beim Bestands- oder Potenzialindikator (= Stärke) als auch in der Entwicklung der letzten Jahre, also im Dynamikindikator (= Chance) vor oder bestehen Kombinationen aus überdurchschnittlichen mit durchschnittlichen Werten, erfolgt eine Zuordnung zur Strukturraumtypgruppe A. Entsprechen die Indikatoren eher unter dem Durchschnitt liegenden Werten, ergibt sich der Strukturraumtyp C. Der Strukturraumtyp B wird durch die Ämter charakterisiert, die durchschnittliche Werte aufweisen und de-

ren Stärken entweder im Potenzial- oder Dynamikbereich liegen. Die Entwicklungschancen dieses Raumtyps sind dabei durchaus positiv einzuschätzen. Überdurchschnittlich bedeutet also immer eine positive Konnotation, das heißt beispielsweise im Fall der Arbeitslosenrate sind besonders niedrige Werte überdurchschnittlich (gut) im Sinne von Stärke.

Abb. 13: Gruppenbildung aus thematischen Klassen



Die neun Klassen der verwandten Indikatoren bzw. Indikatorenpaare (Berechnung, Schwellen- sowie Durchschnittswerte siehe Teil 1):

- Frauenquote/Einwohnerentwicklung
- Wanderungssaldo/Entwicklung des Wanderungssaldos
- Altenquote/Entwicklung der Altenquote
- Beschäftigtenquote/Entwicklung der Zahl der Beschäftigten
- Übernachtungen/Entwicklung der Zahl der Übernachtungen
- Kaufkraft je Einwohner
- Arbeitslosenrate/Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen
- Sozialhilfeempfänger

wurden für jedes Amt den drei Gruppen zugeordnet. Die so auf Ämterebene zu Gruppen zusammengefassten Struktur- bzw. Bestandsindikatoren sowie die Dynamikindikatoren konnten zu drei thematischen Indizes aggregiert werden:

1. Attraktivitäts-/Stabilitäts-Index
2. Wirtschafts- und Beschäftigungs-Index
3. Sozial-Index

Der „Attraktivitäts-/Stabilitäts-Index“ wurde anhand der Bevölkerungsindikatoren Einwohnerentwicklung, Wanderung und Frauenquote gebildet. Die Altenquote bzw. deren Entwicklung fungierte als sekundärer Faktor, der bei der Einsortierung von Ämtern in eine bestimmte Gruppe in Grenzfällen herangezogen wurde. Für den „Wirtschafts- und Beschäftigungs-Index“ konnten neben den Beschäftigtenindikatoren und Übernachtungen auch die Kaufkraftdaten einbezogen werden. Letztere wurden vor al-

lem bei Abwägungsentscheidungen genutzt. Der „Sozial-Index“ besteht aus Indikatoren der Arbeitslosen- und Sozialhilfestatistik. Es ergeben sich daraus für alle drei Indizes die Gruppen A, B und C. Die Verknüpfung zu Strukturraumgruppen erfolgte bei gleicher Wichtung ( $A+B+C=B$ ;  $A+A+B=A$ ) bzw. durch Mehrheit ( $A+C+C=C$ ). In diesem ersten methodischen Schritt wurden strukturprägende Indikatoren für alle Ämter mathematisch-statistisch verarbeitet. Bei der sich daraus ergebenden Zuordnung aller Ämter und amtsfreien Gemeinden Nordostdeutschlands zu den Strukturraumtypen wurden trotz Einbeziehung aller Werte in die Berechnung der Indizes die amtsfreien Gemeinden Berlin, Potsdam und Rostock herausgenommen und dem Strukturraumtyp A zugeordnet. Dies erwies sich auch als notwendig, da bei verschiedenen Struktur- und Dynamikindikatoren durch die Bezugsgrößen Bevölkerung und Fläche die daraus abgeleiteten Stärken und Schwächen der Metropole Berlin sowie der beiden Oberzentren Potsdam und Rostock so stark nivelliert wurden, dass die Vergleichbarkeit auf Ämter- und Gemeindeebene nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt möglich war.

Weiterhin erschien die Zuordnung der drei Großstädte in den Strukturraumtyp A auch schon deshalb gerechtfertigt, weil sich Stärke auch aus absoluter Größe und Umfang vorhandenen Potenzials ableitet. Alle drei Städte erbringen damit auch umfangreiche Leistungen für große Teile Nordostdeutschlands. Die sich aus der Datenlage für Gemeinden ergebende Indikatorenauswahl berücksichtigte darüber hinaus auch nicht solche Bereiche wie Forschung, Wissenschaft, Kultur, Medien, Politik u. a., die wesentliche Stärken Berlins, Potsdams und Rostocks ausmachen.

Da die administrativen Grenzen für die Strukturraumtypisierung nur eine untergeordnete Rolle spielen und sie damit nur bedingt die Wirklichkeit wiedergeben, wurde eine kartografische Arrondierung (zweiter methodischer Schritt) vorgenommen, die auch gleichzeitig sogenannte „Ausreißer“ einfängt. Die Abgrenzung der Strukturraumtypen wurde dabei bewusst fließend gehalten, da allein schon aus methodischen Gründen Unschärfen sowohl bei der Ämterzuordnung als auch der Arrondierung auftreten. Die vorgenommene Gruppenbildung aus Schritt eins anhand der Stärken und Chancen (von über- bis unterdurchschnittlich) und die Arrondierung in Schritt zwei lassen für Nordostdeutschland die bereits oben erwähnten drei Strukturraumtypen erkennen:

- Typ A Räume mit überdurchschnittlichen Bedingungen für Stabilität und Wachstum sowie überregional wirksamen Entwicklungspotenzialen
- Typ B Räume mit überwiegend durchschnittlichen Bedingungen für Stabilität und Wachstum, aber auch regional wirksamen Entwicklungspotenzialen sowie kleinräumigen Strukturdefiziten
- Typ C Räume mit eher unterdurchschnittlichen Bedingungen für Stabilität und Wachstum und deutlichen Schrumpferscheinungen

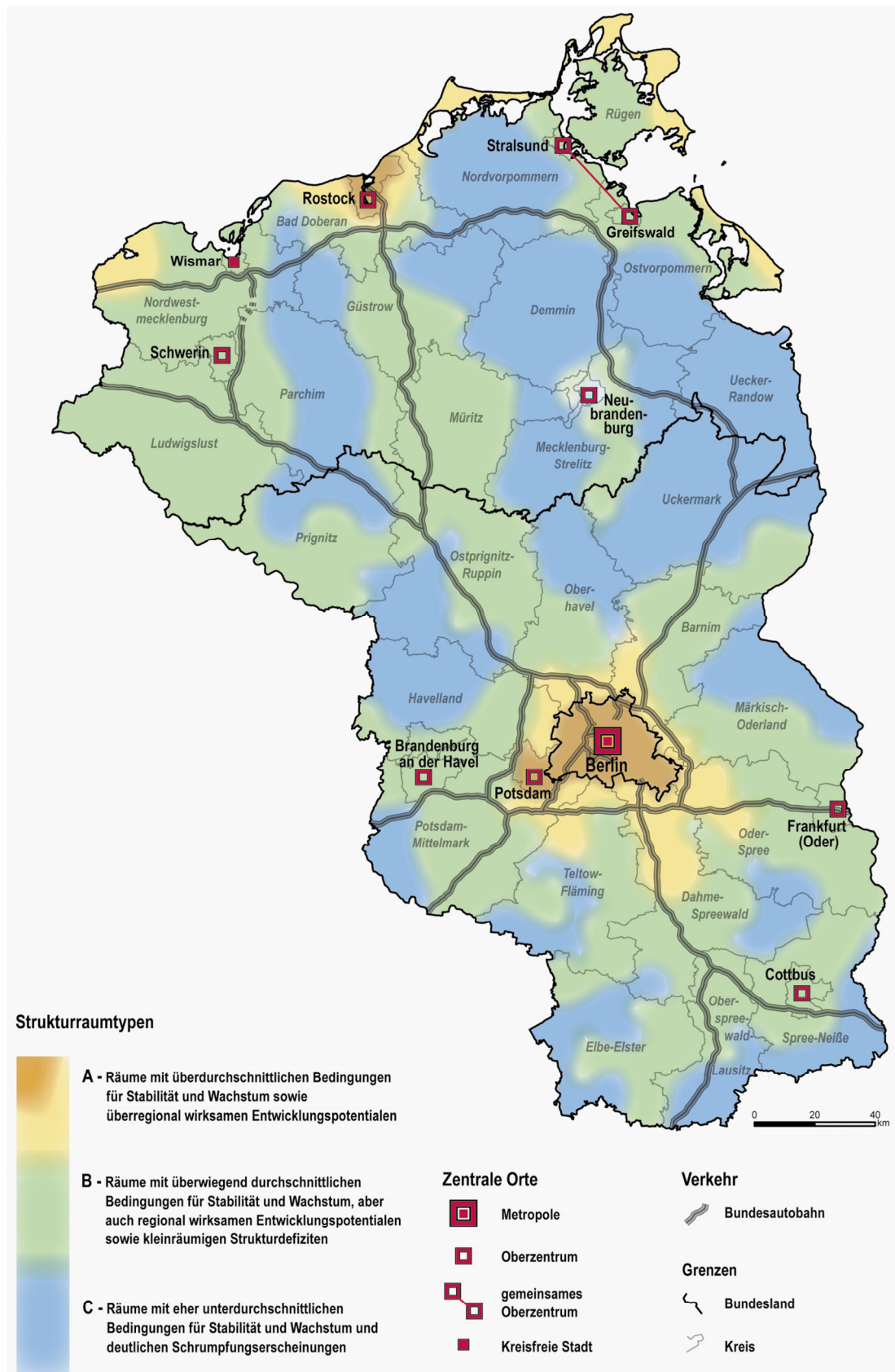
Zum Strukturraumtyp A gehören die Metropole Berlin und der direkt angrenzende Brandenburger Umlandraum einschließlich einiger kleinerer Bereiche an den radialen Verkehrsachsen sowie der unmittelbare Küstenraum Mecklenburg-Vorpommerns. Der Flächenanteil liegt bei knapp unter 10 %, der Bevölkerungsanteil jedoch bei mehr als 50 % von Nordostdeutschland. Die Einwohnerdichte ist dementsprechend im Vergleich zu den anderen Strukturraumtypen mit mehr als 1.000 Einwohner je km<sup>2</sup> bedeutend höher und erreicht selbst ohne Berlin etwa 150 Einwohner je km<sup>2</sup>. Die Einwohnerentwicklung seit 1993 ist im Durchschnitt insgesamt stabil, wobei sich die Metropole Berlin und die beiden Oberzentren Potsdam und Rostock deutlich von den anderen Ämtern und Gemeinden dieses Raumes unterscheiden. Während in den drei Städten die Einwohnerentwicklung leicht rückläufig ist, was teilweise an der Umlandwanderung in die

ebenfalls größtenteils zum Strukturraumtyp A gehörenden Ämter und Gemeinden liegt, verzeichnet der Rest dieses Raumtyps eine Bevölkerungszunahme von fast einem Drittel. Die Altenquote ist geringfügig niedriger als im nordostdeutschen Durchschnitt und der Frauenanteil (von 15 bis unter 45 Jahre) etwas höher, wobei auch hier innerhalb des Raumes Unterschiede auftreten. Das Kaufkraftpotenzial erreicht bei durchschnittlich über 16.000 €/EW hier in mehreren Ämtern den nordostdeutschen Spitzenwert von 21.000 €/EW. Die Arbeitslosenrate 2005 liegt ohne die drei Zentren bei weit unter 10 %.

Der Strukturraumtyp B umfasst mit 48% nicht ganz die Hälfte Nordostdeutschlands bei etwas mehr als einem Viertel der Einwohner und einer Bevölkerungsdichte von rund 80 Einwohnern je km<sup>2</sup>. Es gehören dazu Räume im weiteren Umfeld der Bundeshauptstadt, der größte Teil der Region Westmecklenburg sowie bis auf Teile der A 20 (die ihre standortbildende Wirkung erst noch entfalten muss) die Nahbereiche der Autobahnen. Somit sind bis auf die Stadt Neubrandenburg auch alle weiteren Oberzentren und kreisfreien Städte mit ihrem jeweiligen Umland Bestandteil des Strukturraumtyps B. Die Bevölkerungsentwicklung verläuft, bei ländlicher Ausprägung weiter Bereiche, auch hier insgesamt verhältnismäßig stabil (zwischen 1993 und 2004 nur leicht abnehmend), wobei die Spannbreite relativ hoch ist und in den Ämtern zwischen Abnahmen von 30% bis zu Zuwächsen von über 50 % reicht. Alten- und Frauenquote liegen im Durchschnitt Nordostdeutschlands. Die Beschäftigtenquote entspricht etwa der des Strukturraumtyps A, die Kaufkraftwerte sind geringfügig niedriger. Hinsichtlich der Arbeitslosen- und Sozialhilfeindikatoren werden durchschnittliche und auch überdurchschnittliche Werte erreicht. Dieser Raumtyp kann insgesamt aber auch auf wachsende Potenziale verweisen, wobei zumeist in Randbereichen jedoch auch kleinräumige Strukturdefizite erkennbar sind.

Die Räume des Strukturraumtyps C haben zumeist eine periphere Lage und umfassen mit Ausnahme der Küstenregion sowie den Stadt-Umland-Bereichen der Oberzentren Stralsund, Greifswald und Neubrandenburg fast den kompletten nordöstlichsten Teil Nordostdeutschlands einschließlich der Stadt Neubrandenburg. Der Flächenanteil liegt mit etwa 45% in ähnlicher Größenordnung wie beim Strukturraumtyp B, der Bevölkerungsanteil jedoch unter 20%. Dementsprechend weist dieser Strukturraumtyp eine Bevölkerungsdichte von nur etwa 50 Einwohnern je km<sup>2</sup> auf. Die durchschnittliche Bevölkerungsentwicklung zwischen 1993 und 2004 ist durch einen Rückgang von insgesamt mehr als 10 % charakterisiert. Die Altenquote liegt bei über 20 % und damit höher als in den Strukturraumtypen A und B. Die Frauenquote ist hier mit etwa 46 % am niedrigsten. Sowohl Beschäftigtenquote als auch Kaufkraftkennwerte liegen unterhalb des nordostdeutschen Durchschnitts, die der Arbeitslosenraten z. T. weit darüber.

Abb. 14: Strukturraumtypen in Nordostdeutschland



Quelle: LBV Brandenburg, Dez. Raumbbeobachtung 02/2007



## 4 Fazit

Ziel der vorliegenden Analysen (Teil 1 und 2) war es, innerhalb Nordostdeutschlands kleinräumige Verteilungsmuster ausgewählter Raumstrukturen und ihrer Entwicklung aufzuzeigen. Dies erfolgte mithilfe einer Stärken-Schwächen-Analyse, die auf der Grundlage von Ämtern und amtsfreien Gemeinden jeweils einzelne Strukturen in ihrer qualitativen und quantitativen Ausprägung bewertete. Durch die dabei gleichrangige Einbeziehung des Dynamikaspektes waren zu einzelnen Raumstrukturen auch Aussagen zu Trendentwicklungen möglich, um so Entwicklungschancen und -risiken in den verschiedenen Strukturbereichen zu erkennen.

Die Erzielung größtmöglicher, auch räumlicher Effekte bei der Fördermittelvergabe erfordert die detaillierte Kenntnis des Raumes, seiner Strukturen und Entwicklungen auf möglichst kleinräumiger Ebene. Diese Kenntnis ist, als eine Grundlage für neue Förderstrategien und eine effiziente Fördermittelvergabe, ausschließlich auf der Basis der Auswertung der einzelnen Strukturbereiche zu erlangen.

Dagegen zeichnen die Strukturraumtypen lediglich ein grobes Bild des Gesamttraumes und verdeutlichen, wie sich allgemeine Strukturschwäche oder auch überdurchschnittliche Ausstattung räumlich differenziert in Nordostdeutschland darstellen. Spezielle Ableitungen und Rückschlüsse aus dieser „Regionalisierung“ auf das einzelne Amt, die einzelne Gemeinde können nicht gezogen werden. Die Strukturraumtypisierung als förderpolitische Entscheidungshilfe sollte den verantwortlichen Akteuren einen ersten allgemeinen und gesamtäumlichen Überblick und Einstieg in die kleinräumige Stärken-Schwächen-Problematik auf Gemeinde- und Ämterbasis Nordostdeutschlands geben. Sie ist damit ein Instrument der Vergleichbarkeit unterschiedlich ausgestatteter Räume, stellt jedoch in keinem Falle auch unter dem Leitaspekt „Stärken stärken“ eine Kategorisierung in „förderwürdige“ und „nicht förderwürdige“ Räume, Ämter und Gemeinden dar. Gerade die Herausarbeitung der Stärken und ihre Förderung müssen zur Entwicklung bzw. Stabilität der Räume mit Defiziten und auch für die Entwicklung Nordostdeutschlands insgesamt beitragen.

## Literatur

- Birkholz, K.; Hollenbach, J.; Schust, I. (2008): Räumliche Strukturanalyse Nordostdeutschlands – Teil 1 Methodik, Raum und Demografie. In: Eich-Born, M. et. al.: Räumlich differenzierte Entwicklungs- und Förderstrategien für Nordostdeutschland 2006+ (Arbeitsmaterialien der ARL). Hannover.
- Brandenburger Landesregierung (2005): Kabinettsbeschluss 255/05 vom 22.11.2005: Stärkung der Wachstumskräfte durch räumliche und sektorale Fokussierung von Landesmitteln. Potsdam.
- Bundesagentur für Arbeit; Regionaldirektion Berlin-Brandenburg (BA) (2006): Informationen – Berichte – Analysen, Dezember 2006. Berlin.
- Bundesagentur für Arbeit (BA) (2007 a): Arbeitsmarkt in Zahlen: Beschäftigtenstatistik Juni 2006. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (BA) (2007 b): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht Januar. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2005): Sinkende Beschäftigung, wachsende Mobilität – Pendlerbericht Berlin-Brandenburg 2004. In: IAB regional 02/2005. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2007): SGB II-Kennzahlen für interregionale Vergleiche auf Ebene von Kreisen und SGB II-Trägern – Typzuordnung der SGB II-Träger Aktualisierung 2006 Nürnberg (unter [www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de), <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000200/html/sgb2/bmas/index.shtml>).
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2001): Raumordnungsbericht 2000. Bonn.

- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2006 a): Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung (INKAR) 2005. Bonn.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2006 b): Raumordnungsbericht 2005. Bonn.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2006): Beschäftigungspotentiale des Tourismus in den ländlichen Regionen der neuen Bundesländer; BBR-Online Publikation Nr. 1/2006. Bonn.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (2007): Jahreswirtschaftsbericht 2007 der Bundesregierung. Berlin.
- Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHK) (2007): Wirtschaftslage und Erwartung (DIHK-Umfrage Jahresbeginn 2007). Berlin.
- Deutscher Tourismusverband (DTV) (2006): Tourismus in Deutschland 2005: Zahlen, Daten, Fakten. Bonn.
- FfH Institut für Markt- und Wirtschaftsforschung GmbH; BBE Unternehmensberatung GmbH (2006): Bestandserfassung und Kundenstromanalyse im Einzelhandel in Berlin und Brandenburg; Berlin/Köln 2006, Gutachten im Auftrage der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung (ausgewählte Ergebnisse unter [www.mir.brandenburg.de/](http://www.mir.brandenburg.de/) Gemeinsame Landesplanung (GL)/ Übersicht/ Themen A...Z/ Einzelhandel, großflächiger/ Gutachten).
- Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2005): Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ Mecklenburg-Vorpommern 2004. Schwerin.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2005): Die Ostseeküste: Perspektiven und Probleme eines Wachstumsraumes in Mecklenburg-Vorpommern. In: Kommunalpolitische Texte, Band 27. Bonn.
- Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen (F.U.R.) (2006): Die 36. Reiseanalyse RA 2006; Kiel.
- Gemeinsame Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg (GL) (2006): Leitbild Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Potsdam.
- GfK Geomarketing GmbH: GfK-Kaufkraftstudien 2006 und 2007; Nürnberg 2006 und 2007.
- Heinrichs, B. (2006): Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung – eine Neujustierung, aber kein Paradigmenwechsel. In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 11/12. Bonn.
- Herfert, G. (2007): Regionale Polarisierung der demografischen Entwicklung in Ostdeutschland – Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. In: Raumforschung und Raumordnung 5/2007. Hannover.
- Klüter, H. (2003): Räumliche Konzentrations- und Dekonzentrationsprozesse im Tertiärbereich. In: Braun, G.; Ellger, C. (Hrsg.): Der Dienstleistungssektor in Nordostdeutschland – Entwicklungsproblem oder Zukunftschance (Arbeitsmaterialien der ARL). Hannover.
- Landesagentur für Struktur und Arbeit (LASA); Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (Hrsg.) (2004): Zwischen Flexibilität und drohender Abwanderung aus den Regionen: Pendlerverhalten und Hauptpendlerströme im Land Brandenburg. Potsdam.
- Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) (2006): Brandenburg regional 2006 – eine räumliche Bestandsaufnahme der Regionen, Landkreise und kreisfreien Städte. Potsdam.
- Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) (2007): Wanderungsanalyse 1991 bis 2004: Land Brandenburg und Regionale Wachstumskerne. Potsdam.
- Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik; Landesumweltamt Brandenburg (2004): Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg 2003–2020. Potsdam.
- Landesumweltamt Brandenburg (LUA) (1994): Brandenburg regional '93. Potsdam.
- Langer, A. (2007): Erfolgreiche Tourismusbilanz im Jahr 2005. In: Zeitschrift der amtlichen Statistik Berlin/Brandenburg 1/2007. Berlin.
- Maretzke, S. (2004): Positive Trends – auch die gibt es im Osten. In: Regionalbarometer neue Länder – Fünfter zusammenfassender Bericht, Berichte Band 20. Bonn.
- Meyer, A. (2005): Die Zukunft des bayrischen Tourismus – Angebotsstruktur und Marketingstrategie im nationalen und internationalen Wettbewerb, Studie im Auftrag des Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie München 2005 Fundstelle: [www.stmwivt.bayern.de/pdf/tourismus/Zukunft\\_des\\_bayerischen\\_Tourismus-Kurzfassung.pdf](http://www.stmwivt.bayern.de/pdf/tourismus/Zukunft_des_bayerischen_Tourismus-Kurzfassung.pdf)
- Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung (MIR); Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2006): Gemeinsames Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg (LEPro), Entwurf in der Fassung vom 4. Juli 2006. Potsdam.
- Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2004): Landestourismuskonzeption Mecklenburg-Vorpommern 2010. Schwerin.
- Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg (Hrsg.) (2007a): Konjunkturreport Land Brandenburg 2007 – Aktuelle Wirtschaftstrends und Statistiken. Potsdam.

## ■ Räumliche Strukturanalyse Nordostdeutschlands – Teil 2

- Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg (Hrsg.) (2007b): Tourismuskonzeption des Landes Brandenburg: Zeitraum 2006 – 2010. Potsdam.
- Niedersächsisches Landesamt für Statistik (Hrsg.) (2006): Kreiszahlen – Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland – Ausgabe 2005. Hannover.
- Ostdeutscher Sparkassen- und Giroverband (Hrsg.) (2006): Tourismusbarometer Jahresbericht 2006. Berlin.
- Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (2005): 15 Jahre Aufbau Ost in Mecklenburg-Vorpommern – eine statistische Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung. In: Statistische Hefte 4/2005.
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2006): Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in den kreisfreien Städten und Landkreisen in Mecklenburg-Vorpommern. In: Statistische Berichte. Schwerin.
- Statistisches Bundesamt Deutschland (StaBu) (2006): Datenreport 2006. Bonn.
- Statistisches Bundesamt Deutschland (StaBu) (2007): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 2006. Wiesbaden. [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de)